

INHALT

ZUSAMMENFASSUNG	2
<hr/>	
GRUNDDATEN ZUM MILITÄRISCHEN SEKTOR	4
Deutsche Rüstungsexporte	4
Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland	12
Militärausgaben	15
Lokale Rüstungsindustrie	16
Streitkräftestruktur	17
Bewaffnung der Streitkräfte	19
Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft	24
Polizei und andere Sicherheitskräfte	26
<hr/>	
INFORMATIONEN NACH DEN KRITERIEN DES GEMEINSAMEN STANDPUNKTS	28
Einhaltung internationaler Verpflichtungen	28
Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	29
Innere Lage im Empfängerland	32
Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	35
Bedrohung von Alliierten	38
Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	41
Unerlaubte Wiederausfuhr	43
Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes	44

ZUSAMMENFASSUNG

Militärischer Sektor in der Türkei

Die breit aufgestellte türkische Rüstungsindustrie besteht aus ca. 100 Kernunternehmen. An rund einem Fünftel davon ist der türkische Staat beteiligt. Die Türkei gehört weltweit zu den größten Rüstungsimporteuren. Wichtigster Rüstungsgüterlieferant sind die Italien, USA und Spanien. Die Türkei ist aber auch immer wieder Abnehmer größerer Mengen deutscher Rüstungsgüter. Neben der Lieferung von Schiffen und Schiffsteilen für die türkische Marine stechen insbesondere größere Panzerlieferungen hervor. Seit Ende 2016 verfolgt die deutsche Bundesregierung eine, eigenen Aussagen zufolge, restriktivere Genehmigungspolitik. Als Gründe wurden die sich verschlechternde Menschenrechtslage nach dem Putschversuch, der sich erneut zuspitzende kurdische Konflikt sowie die Befürchtung genannt, dass die Rüstungsgüter für Repressionen innerhalb der Türkei genutzt werden könnten. Trotzdem werden weiterhin Rüstungsexporte an die Türkei genehmigt. Im Jahr 2021 standen 35 von der Bundesregierung genehmigten Ausfuhren mit einem Volumen von insgesamt rund 11,1 Mio. Euro lediglich vier abgelehnte Ausfuhren im Wert von rund 350.000 Euro gegenüber.

Die gesellschaftliche Rolle des Militärs erlebt seit Beginn der Regierungszeit der AKP (Adalet ve Kalkınma Partisi, deutsch: Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung) 2002 einen Wandel. Das Militär sah sich seit der Gründung der türkischen Republik 1923 stets als Wächter des Erbes des Staatsgründers Kemal Atatürk und putschte deshalb dreimal erfolgreich gegen die Regierung (1960, 1971 und 1980).¹ Seit 2003 jedoch wurden die Befugnisse des Militärs schrittweise beschränkt und hohe Positionen innerhalb der Streitkräfte im Laufe der Zeit durch regierungsnahen Persönlichkeiten ersetzt. Diese Politik hat sich seit dem gescheiterten Putschversuch im Juli 2016, nach dem 29. 444 Militärangehörige aus den türkischen Streitkräften, der Gendarmerie und der Küstenwache entlassen wurden, noch einmal verstärkt. Die Einschränkung der Macht des Militärs wurde in der Bevölkerung und der Politik zum Teil sehr begrüßt. Allerdings zeigt sich gegenwärtig, dass mit diesem Prozess nicht die Stärkung der demokratischen Institutionen einhergeht.

Die türkische Polizei ist dem Innenministerium untergeordnet und weist eine stark zentralisierte Struktur auf. Durch die polizeiliche Rechenschaftspflicht gegenüber dem Innenministerium untersteht sie der Kontrolle der jeweiligen Regierungspartei. Bei regierungskritischen Demonstrationen ist die Polizei in den letzten Jahren vermehrt gewaltsam gegen Demonstrierende vorgegangen. Wechselnde Regierungen versuchten, mittels Stärkung der Polizei die eigene Macht gegenüber dem Militär auszubauen. Dies gelang allerdings erst teilweise seit der zunehmenden Machteinschränkung des Militärs unter der Regierung von Recep Tayyip Erdoğan. Nach Ermittlungen der Polizei wegen Korruption und Geldwäsche gegen ranghohe AKP-Funktionäre 2013, insbesondere aber seit dem gescheiterten Putschversuch vom Juli 2016 wurden massenhaft Polizist:innen entlassen.

¹ Neben diesen gab es 1997 einen weiteren Putsch, der als 'postmoderner Putsch' bezeichnet werden kann: Das Militär gab eine Reihe von "Empfehlungen" ab, die die Regierung akzeptieren musste. Necmettin Erbakan, der damalige Ministerpräsident, wurde daraufhin zum Rücktritt gezwungen und seine Wohlfahrtspartei 1998 aufgelöst.

Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts der Europäischen Union

Die Türkei ist vielen zentralen Abrüstungsverträgen beigetreten, jedoch nicht dem Übereinkommen über Streumunition von 2010. Das Land behält sich weiterhin das Recht zur Herstellung im Kriegsfall vor. Obwohl die Türkei allen UN-Menschenrechtsabkommen beigetreten ist (wobei fast allen dabei Einschränkungen unterlegt wurden), werden diese in vielen Fällen nicht eingehalten. Die Menschenrechtssituation der Türkei ist derzeit äußerst problematisch, insbesondere hinsichtlich der politischen Bürgerrechte. Dies resultiert aus einer ganzen Reihe von Entwicklungen in den vergangenen Jahren, wie der Verhängung des Ausnahmezustandes nach dem gescheiterten Putschversuch am 15. Juli 2016. Infolgedessen ist eine zunehmende Missachtung der Presse- und Meinungsfreiheit ebenso wie die Diskriminierung der kurdischen Bevölkerung und Gülenisten zu verzeichnen – gegen 622.646 Personen wurde ermittelt, 301.932 wurden festgenommen und 96.000 weitere wurden inhaftiert, mehr als 130.000 Beamte wurden aus dem Dienst entfernt. Diskriminierung der kurdischen Bevölkerung war bereits seit einigen Jahren und insbesondere nach der Beendigung des Friedensprozesses mit der PKK (Partiya Karkerên Kurdistanê, deutsch: Arbeiterpartei Kurdistans) im Juli 2015 zu beobachten. In letzter Zeit wurden zudem auf Grundlage des sehr weit gefassten Anti-Terrorismus-Gesetzes zahlreiche Bürger:innen verhaftet. Der Konflikt mit den Kurd:innen forderte in den letzten 30 Jahren ca. 40.000 Todesopfer. Im Zeitraum 2009 bis 2011 wurde unter Erdoğan zunächst eine „kurdische Öffnung“ begonnen. Doch der 2013 eingeleitete offizielle Friedensprozess wurde 2015 erfolglos beendet erklärt. Seither flog die türkische Luftwaffe wiederholt Angriffe auf mutmaßliche Stellungen der PKK, die ihrerseits für Terroranschläge im Land verantwortlich ist. Im Osten und Südosten der Türkei kommt es seither immer wieder zu kriegerischen Auseinandersetzungen.

Die politische Situation in der Region ist erheblich angespannt. Mit Syrien und dem Irak grenzt die Türkei im Süden an zwei Länder, in denen seit mehreren Jahren Krieg herrscht. Durch die geographische Nähe ist die Türkei stark von den gewaltsamen Konflikten in diesen beiden Ländern betroffen und auch aktiv in die Kriegssereignisse involviert. So unterstützt die Türkei beispielsweise oppositionelle Gruppen im Kampf gegen Assad, kämpft aber auch gegen kurdische Gruppen in Syrien, um deren Einfluss und Autonomiebestrebungen zurückzudrängen. Im September 2015 überquerten erstmals seit 2011 wieder türkische Bodentruppen die Grenze zum Irak, um gegen die PKK vorzugehen. Die türkische Regierung pflegt zwar gute und für die Türkei bedeutende ökonomische Beziehungen zur kurdischen Regionalregierung (KRG), insbesondere zur einflussreichen PDK (Partiya Demokrata Kurdistanê, deutsch: Demokratische Partei Kurdistans) und dem bis zum 1. November 2017 amtierenden Präsidenten Masud Barzani. Die Unabhängigkeitsbestrebungen der nordirakischen Kurd:innen lehnt die Türkei jedoch strikt ab.

GRUNDDATEN ZUM MILITÄRISCHEN SEKTOR

Deutsche Rüstungsexporte

Tabelle 1

Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 1999-2021 (in Millionen Euro)

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes ²	Gesamtwert
1999	Marinetechnik: 98%	976,15
2000	Teile für Kampfschiffe: 61,4% Herstellungsausrüstung für Rüstungsgüter: 18,6% Teile für Luftfahrzeuge: 9%	260,81
2001	Nebelwurfkörper, Lenkflugkörper, Abfeurereinheiten für Lenkflugkörper, Teile für Minenräumgeräte und Lenkflugkörper: 63,7% Teile für Panzer, gepanzerte Fahrzeuge und andere Fahrzeuge: 29,7%	167,34
2002	Nebelwurfkörper, Übungswurfkörper, Abschusseinrichtung für Flugkörper, Teile für Torpedos, Flugkörper, Startplattform und Seeminen-Räumgeräte: 39,7% Wärmebildgeräte, Teile für Wärmebildgeräte und Bildverstärkerausrüstungen: 19,9% Feuerleiteinrichtungen, Bordwaffen-Steuer-systeme, Laserentfernungsmesser, Prüf- und Justierausrüstungen, Teile für Feuerleiteinrichtungen, Bordwaffen-Steuer-systeme und Feuerleitsysteme: 18% Anzeigegeräte, Navigationssysteme, Datenverarbeitungssysteme, Mess- und Prüfausrüstungen, Bauelemente und Baugruppen, Teile für Kommunikationssysteme, Radarsysteme und Stromversorgungen: 5,7%	123,99
2003	Patrouillenboot und Teile für Fregatten, U-Boote, Schnellboote, Minenräumboote, Patrouillenboote, Waffeneinsatzsysteme, Unterwasserortungsgeräte, Lenk- und Navigationsausrüstung: 47,5% Teile für Panzer, gepanzerte Fahrzeuge und Landfahrzeuge: 34,7% Elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung, Datenverarbeitungs-ausrüstung, elektronische Baugruppen und Teile für Kommunikations-ausrüstung, Ortungs- und Navigationsausrüstung, Datenverarbeitungs-ausrüstung, Stromversorgungen: 6,7%	440,3
2004	Torpedos, Minenräumgeräte und Teile für Torpedos, Flugkörper, Minenräumgeräte: 54,4% Zerstörer (zum Verschrotten) und Teile für U-Boote, Fregatten, Patrouillenboote, Kampfschiffe, Echolotanlagen, Lenk- und Navigationsausrüstung: 15,1% Bordwaffen für Minenjagdboote und Teile für Kanone: 8,2% Panzerplatten, Militärische Helme und Teile für Schutzwesten: 5,3%	72,76

² Für NATO-Mitglieder veröffentlicht die Bundesregierung in ihrem jährlichen Rüstungsexportbericht keine aufgeschlüsselten Informationen zu den jeweiligen Rüstungsgütern; es sei denn, das betreffende Land ist unter den 20 wichtigsten Bestimmungsländern des Jahres. Bei der Türkei ist dies meist der Fall. Ausnahmen stellen die Jahre 2009, 2015 und 2017 bis 2021 dar. Für diese beiden Jahre ist deshalb keine Aufschlüsselung der Güter in Prozent des Gesamtwertes möglich.

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes ²	Gesamtwert
	Elektronische Ausrüstung, Wendekreisel, Datenverarbeitungssysteme, Mess- und Prüfausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung, Ortungs- und Navigationsausrüstung, Stromversorgung: 4,4%	
2005	Geländewagen und Teile für Panzer, gepanzerte Fahrzeuge, LKW: 73,7% Teile für U-Boote, Patrouillenboote, Minenjagdboote und Echolotanlagen: 15,5%	213,09
2006	Panzer und Teile für Panzer, gepanzerte Fahrzeuge, Landfahrzeuge: 62,7% Munition für Gewehre, Jagdwaffen, Sportwaffen, Revolver, Pistolen, Kanonen, Scheinzielpatronen und Munitionsteile für Gewehre, Revolver, Pistolen, Kanonen: 14,9% Feuerleiteinrichtungen, Bordwaffen-Steuersysteme, Prüf- und Justierausrüstung und Teile für Feuerleiteinrichtungen, Waffenzielgeräte, Bordwaffen-Steuersysteme, Zielüberwachungssysteme: 6,6%	311,73
2007	Artillerie-Ortungsradar, Prüfausrüstung, Justierausrüstung und Teile für Feuerleiteinrichtungen, Waffenzielgeräte, Bordwaffen-Steuersysteme: 41,6% LKW und Teile für Panzer, gepanzerte Fahrzeuge, Landfahrzeuge: 24,4% Kommunikationsausrüstung, EloKa - Ausrüstung, Datenverarbeitungs-ausrüstung und Teile für elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung, Radarsysteme, EloKa -Ausrüstung, Messausrüstung, Stromversorgungen: 9,5% Prüfstand für Kettenfahrzeuggetriebe, Bordwerkzeuge, Sonderwerkzeuge, Herstellungsausrüstung für Kleinkalibermunition, Messgeräte, Kathoden, Klimakammern und Teile für Prüfstände, Pressen: 7,2%	121,34
2008	LKW und Teile für Panzer, gepanzerte Fahrzeuge, amphibische Fahrzeuge, Landfahrzeuge: 44,5% Kommunikationsausrüstung, Flugvermessungssysteme, Datenverarbeitungs-ausrüstung, Mess- und Prüfausrüstung und Teile für elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung, Ortungsausrüstung, Navigationsausrüstung, Lenkausrüstung, Stromversorgungen: 12,1% Munition für Gewehre, Jagdwaffen, Sportwaffen Revolver, Pistolen, Haubitzen, Scheinzielpatronen und Teile für Revolvermunition, Pistolenmunition, Kanonenmunition: 9,1% Zieldarstellungsgeräte, Abfeuergerät für Simulator, Übungszünder, Übungssprengschneider und Teile für Simulatoren, Ausbildungsgeräte: 6,7% Versorger (zur Verschrottung) und Teile für U-Boote, Küstenwachboot, Kampfschiffe, Navigationsausrüstung, Echolotanlagen: 6% Pyrotechnische Munition, Simulatoren, Seeminenvernichtungssysteme und Teile für Abfeuereinrichtungen, Seeminenvernichtungssysteme: 4,9%	43,69
2009	Keine Aufschlüsselung der Güter in Prozent des Gesamtwertes möglich.	45,58
2010	Panzer, Brückenlegepanzer, LKW, Feuerwehrwagen und Teile für Panzer, gepanzerte Fahrzeuge, Landfahrzeuge: 78,8% Abfeuereinrichtungen und Teile für Flugkörper, Flugkörperabwehrsysteme, Abfeuereinrichtungen: 6%	198,97
2011	LKW und Teile für Panzer, gepanzerte Fahrzeuge, amphibische Fahrzeuge, Landfahrzeuge: 25,6% Flugkörper und Teile für Torpedos, Flugkörper, Flugkörperabwehrsysteme: 25,5% Feuerleiteinrichtungen, Waffenzielgeräte, Zielentfernungsmesssysteme,	139,55

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes ²	Gesamtwert
	<p>Prüfgeräte und Teile für Feuerleiteinrichtungen, Waffenzielgeräte, Bordwaffen-Steuersysteme, Zielzuordnungssysteme, Zielentfernungsmesssysteme, Ausrüstung für Gegenmaßnahmen: 11,3%</p> <p>Munition für Gewehre, Revolver, Pistolen, Jagdwaffen, Sportwaffen, Kanonen, Granatmaschinenwaffen und Teile für Revolvermunition, Pistolenmunition, Haubitzenmunition, Kanonenmunition, Mörsermunition: 7,1%</p> <p>Panzerplatten: 7,0%</p> <p>Teile für Schiffe und Unterwasserortungsgeräte: 5,8%</p>	
2012	<p>LKW und Teile für Panzer, gepanzerte Fahrzeuge, amphibische Fahrzeuge, Landfahrzeuge: 17,8%</p> <p>Elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung, Stabilisierungsausrüstung, Datenverarbeitungsausrüstung, Messausrüstung, Baugruppen, Bauelemente, Stromversorgungen und Teile für elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung, Ortungsausrüstung, Stabilisierungsausrüstung, Lenkausrüstung, elektronische Kampfführung, Datenverarbeitungsausrüstung, Baugruppen, Bauelemente, Steuerungsausrüstung, Regelausrüstung, Stromversorgungen: 15,6%</p> <p>Abfeuereinrichtungen und Teile für Torpedos, Flugkörper, Flugkörperabwehrsysteme: 11,5%</p> <p>Zerstörer (Verschrottung), U-Boote (Verschrottung), Sonaranlagen, Schiffskörperdurchführungen und Teile für Fregatten, U-Boote, Patrouillenboote, Kampfschiffe, U-Boot-Dieselmotoren, Unterwasserortungsgeräte, Steuereinrichtungen für Ortungsgeräte: 10%</p> <p>Nachtsichtvorsatzgeräte, Wärmebildgeräte und Teile für Bildverstärkerausrüstung, Infrarotausrüstung, Wärmebildausrüstung: 7,7%</p> <p>Technologieunterlagen für Handfeuerwaffenteile, Munitionsteile, Flugkörper-teile, Landfahrzeugteile, Schiffsteile, Luftfahrzeugteile, Kommunikationsteile, Wärmebildgeräteeile und Fertigungsunterlagen für Zielerfassungsteile, Landfahrzeugteile, Infrarotbaugruppen: 7%</p> <p>Zielfernrohre, Entfernungsmesser, Prüfgeräte und Teile für Feuerleiteinrichtungen, Waffenzielgeräte, Rohrmaschinenrichtgeräte, Bordwaffen-Steuersysteme, Zielentfernungsmesssysteme, Radarsysteme: 6,9%</p> <p>Triebwerke und Teile für Kampfhubschrauber, Transportflugzeug, Hubschrauber, Trainingsflugzeuge, Luftfahrzeuge, unbemannte Luftfahrzeuge, Triebwerke: 6,5%</p>	89,09
2013	<p>LKW, Anhänger und Teile für Panzer, Panzerhaubitzen, gepanzerte Fahrzeuge, amphibische Fahrzeuge, LKW, Landfahrzeuge: 16,3%</p> <p>Pyrotechnische Munition, Abfeuereinrichtungen und Teile für Flugkörper, Abfeuereinrichtungen, Flugkörperabwehrsysteme: 15,8%</p> <p>Panzerplatten, Minenschutzanzüge, ballistische Einschübe und Teile für Körperpanzer: 12,6%</p> <p>Tankausrüstung und Teile für Kampfflugzeuge, Kampfhubschrauber, Transportflugzeuge, Hubschrauber, unbemannte Luftfahrzeuge, Triebwerke, Bordausrüstung, Tankausrüstung: 8,1%</p> <p>Software für Detektionsausrüstung, zur Modellierung von Teilen, Entwicklung von Gefechtskopfteilen, Radarteile, Getriebeerprobung, Simulationen und militärische Ausrüstung: 7,5%</p> <p>Technologie für militärische Ausrüstung: 7,1%</p> <p>Bildverstärkerausrüstung und Teile für Bildverstärkerausrüstung, Wärmebildausrüstung, Infrarotausrüstung: 6,6%</p>	84,09

LÄNDERBERICHT \ TÜRKEI

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes ²	Gesamtwert
	Laserentfernungsmesser, Prüfausrüstung, Justierausrüstung und Teile für Feuerleiteinrichtungen, Waffenzielgeräte, Rohrwaffenrichtgeräte, Bordwaffen-Steuer-systeme, Zielentfernungsmesssysteme, Ortungssysteme: 5,2% Laborchemikalien, Schutzbelüftungsanlagen, Schutzausrüstung, Dekontaminationsausrüstung, Dekontaminationsmittel, Detektionsausrüstung und Teile für Schutzbelüftungsanlagen, Dekontaminationsausrüstung, Detektionsausrüstung: 4,4%	
2014	Herstellungsausrüstung und Teile für Herstellungsausrüstung für militärische Ausrüstung: 21% Munition für Jagdwaffen, Sportwaffen, Revolver, Pistolen, Scheinzielpatronen und Teile für Revolvermunition, Pistolenmunition: 11,1% Elektronische Ausrüstung, Datenverarbeitungsausrüstung, Bauelemente, Lenkausrüstung und Teile für elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung, Ortungsausrüstung, Navigationsausrüstung, Stromversorgungen: 10,7% Unterwasserortungsgeräte, Schiffskörperdurchführungen und Teile für U-Boote, Kampfschiffe, Schiffe, U-Boot-Dieselmotoren, Unterwasserortungsgeräte, Schiffskörperdurchführungen: 10,3% Gewehre mit KWL-Nummer, Maschinengewehre, Scharfschützengewehre, Revolver, Pistolen, Jagdgewehre, Sportgewehre, Jagdselbstladeflinten, Rohrwaffen-Lafetten, Mündungsfeuedämpfer, Waffenzielgeräte und Teile für Gewehre mit KWL-Nummer, Maschinengewehre, Scharfschützengewehre, Revolver, Pistolen, Jagdgewehre: 7,3% LKW und Teile für Panzer, Panzerhaubitzen, gepanzerte Fahrzeuge, Bergungsfahrzeuge, LKW, Amphibienfahrzeuge, Antennenträger: 6,3% U-Boot-Simulator und Teile für Flugsimulatoren: 5,5% Laborchemikalien, Schutzbekleidung, Detektionsausrüstung und Teile für Schutzbelüftungsanlagen, Detektionsausrüstung: 5% Teile für Torpedos, Raketen, Flugkörper, Abfeuerausrüstung und Flugkörperabwehrsysteme: 4,9%	72,45
2015	Keine Aufschlüsselung der Güter in Prozent des Gesamtwertes möglich.	38,96
2016	Triebwerke und Teile für Kampfhubschrauber, Flugzeuge, unbemannte Luftfahrzeuge, Triebwerke, Bodengeräte: 69% Kommunikationsausrüstung, Datenverarbeitungsausrüstung, Baugruppen, Navigationsausrüstung, Stromversorgungen, Regelausrüstung und Teile für elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung, Radarstör-systeme, Datenverarbeitungsausrüstung, Navigationsausrüstung: 9,1% ABC-Schutzsysteme, Dekontaminationsausrüstung, Detektionsausrüstung, Laborchemikalien und Teile für Detektionsausrüstung, Strahlungsmessgeräte: 4,8%	83,9
2017	Keine Aufschlüsselung der Güter in Prozent des Gesamtwertes möglich.	34,19
2018	Keine Aufschlüsselung der Güter in Prozent des Gesamtwertes möglich.	12,87
2019	Keine Aufschlüsselung der Güter in Prozent des Gesamtwertes möglich.	31,62
2020	Keine Aufschlüsselung der Güter in Prozent des Gesamtwertes möglich.	22,90
2021	Keine Aufschlüsselung der Güter in Prozent des Gesamtwertes möglich.	11,10

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 1999-2021, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für

Wirtschaft und Klimaschutz <http://www.bmwk.de>

Schaubild 1

Deutsche Rüstungsexporte, 1999–2021

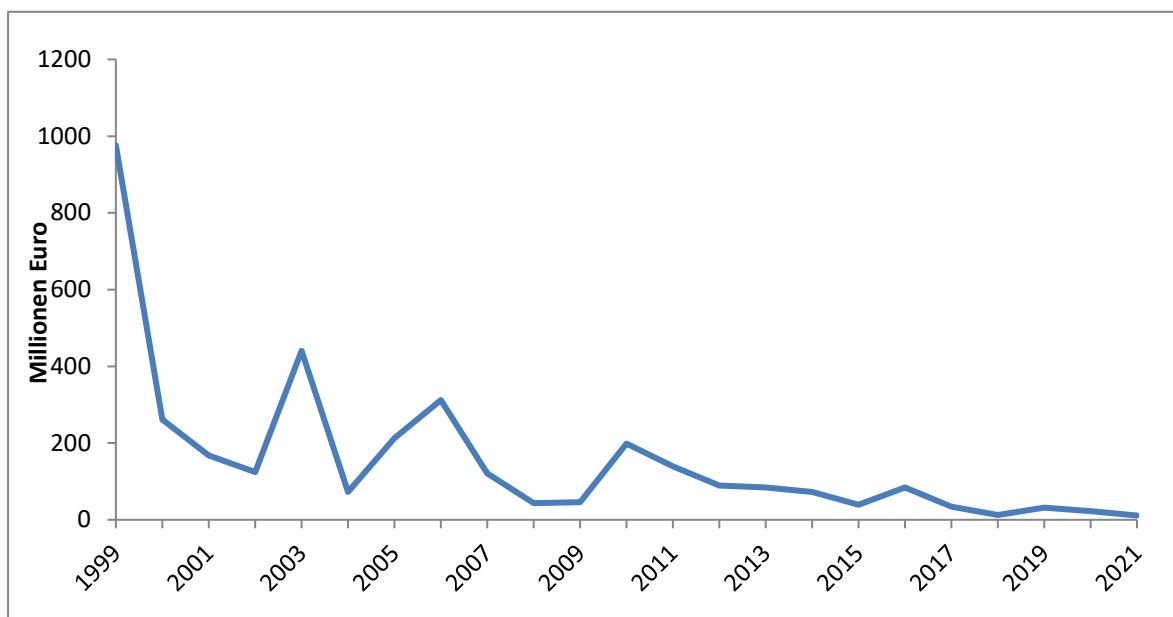


Tabelle 2

Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland in die Türkei 2000-2021

Anzahl	Bezeichnung	Waffenkategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Kommentar
3	Kiliç	Schnellboot	1993	1998-2000	3	Geschäft über 250 Mio. US-Dollar; 2 in Lizenz in der Türkei produziert
2	MEKO-200T2	Fregatte	1994	1998-2000	2	Geschäft über 525 Mio. US-Dollar; 1 in Lizenz in der Türkei fertiggestellt/produziert
4	Type-209/1400	U-Boot	1998	2005-2007	(4)	Geschäft über 556 Mio. US-Dollar
6	Franke-thal/Type-332	Minenjagdboot	1999	2005-2010	6	Geschäft über 625 Mio. US-Dollar; 5 in Lizenz in der Türkei produziert

LÄNDERBERICHT \ TÜRKEI

Anzahl	Bezeichnung	Waffenkategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Kommentar
4	Kiliç	Schnellboot	2000	2005-2008	4	Kiliç-2-Version; in Lizenz in der Türkei produziert
2	Kiliç	Schnellboot	(2004)	2009-2010	2	Kiliç-2-Version; in Lizenz in der Türkei produziert
6	Type-214	U-Boot	2011			Geschäft über 2,2-2,5 Mrd. Euro; in Lizenz in der Türkei produziert; Lieferung für 2022-2027 geplant
40	DM2A4 Seehecht	Torpedo zur U-Boot-Abwehr	(1999)	2004-2005	(40)	Geschäft über 40 Mio. US-Dollar; für Type-209/1400 U-Boote
(470)	MT-881	Dieselmotor	(2001)	2004-2013	(470)	Für 170 Sabra-3 (modernisierte M-60) Panzer aus Israel und 300 K-9 Selbstfahrlafetten aus Südkorea
(40)	TP400-D6	Turboprop	2003	2014-2019	(36)	Für 10 A400M Transportflugzeuge aus Spanien
2	COBRA	Artillerieortungsradar	(2005)	2006	(2)	Gebraucht
(298)	Leopard-2A4	Panzer	2005	2006-2010	(298)	Gebraucht, aber nach Lieferung zum Leopard-2NG modernisiert; Geschäft über 365 Mio. Euro
(4)	MTU-595	Dieselmotor	2008	2011-2013	4	Für 2 MilGem Fregatten aus der Türkei
56	Leopard-2A4	Panzer	2009	2010-2014	(56)	Gebraucht, aber vermutlich nach Lieferung zu Leopard-2NG in der Türkei modernisiert
4	MTU-595	Dieselmotor	(2014)	2018-2019	4	Für 2 MilGem Fregatten aus der Türkei
5	MAN-32/40	Dieselmotor	2015			Für ein BPE AALS aus Spanien; wahrscheinlich

Anzahl	Bezeichnung	Waffenkategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Kommentar
8	MTU-595	Dieselmotor	(2016)			aus spanischer Produktionslinie Für 4 TF-100 (I oder MilGem-G) Fregatten aus der Türkei

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade_register.php

Kommentar

Die Türkei ist immer wieder Abnehmer größerer Mengen deutscher Rüstungsgüter. Neben der Lieferung von Schiffen und Schiffsteilen für die türkische Marine stechen insbesondere größere Panzerlieferungen hervor. So lieferte Deutschland im Zeitraum 2006-2010 fast 300 ausgemusterte Leopard-2A4-Panzer der Bundeswehr, welche in der Türkei modernisiert wurden. Im Zeitraum 2010 bis 2014 folgten 56 weitere Leopard-Panzer. Während bei früheren Panzerlieferungen Deutschlands an die Türkei vertraglich festgelegt wurde, dass die Leopard-1-Panzer, Artikel 5 des NATO-Vertrages folgend, ausschließlich im kollektiven Verteidigungsfall verwendet werden dürfen, entfiel diese Vereinbarung für die Leopard-2A4-Panzer. Für diese Panzer scheint Deutschland weiterhin Ersatzteile an die Türkei zu liefern, wie zuletzt im Januar 2017 berichtet wurde.

Die Türkei produziert zahlreiche Waffen in deutscher Lizenz, so etwa die Kleinwaffen G3, MG3, MP5 und HK33. Zwischen 1994 und 2007 kamen noch U-Boote der Klasse 209/1400 vom Hersteller Howaldtswerke Deutsche Werft (HDW) hinzu. Zudem baut die Türkei aktuell sechs U-Boote mit außenluftunabhängiger Antriebsanlage des Typs 214 unter deutscher Lizenz und maßgeblicher Beteiligung von ThyssenKrupp Marine Systems. Alleine in den ersten vier Monaten des Jahres 2019 lieferte Deutschland dafür Bauteile in einem finanziellen Volumen von rund 180 Millionen Euro, deren Lieferung bereits 2009 genehmigt und mit einer Hermes-Bürgschaft in Höhe von 2,5 Milliarden Euro abgesichert wurde. Vermutlich sollen die neuen 214er U-Boote die fünf 209er-Typen der türkischen Marine ersetzen.

Im Januar 2018 marschierte das türkische Militär in die mehrheitlich kurdisch besiedelte Region Afrin in Nordsyrien ein. Dabei kamen auch deutsche Leopard-Panzer zum Einsatz. Die deutschen Rüstungslieferungen an die Türkei wurden auch im Anschluss an diese, von vielen Beobachter:innen als völkerrechtswidrig eingestufte Operation, nicht eingestellt. Wie aus der Antwort des Wirtschaftsministeriums auf eine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag hervorgeht, wurden – trotz anderslautender Aussagen des damaligen Wirtschaftsministers Sigmar Gabriel – zwischen dem 1. Januar und dem 13. März 2018 – parallel zur Durchführung der Afrin-Operation ab dem 20. Januar 2018 – 34 Exportgenehmigungen für Rüstungsgüter an die Türkei im Gesamtwert von 9,7 Millionen Euro erteilt. Insgesamt erteilte die Bundesregierung allein im ersten Halbjahr 2018 39 Einzelausfuhrgenehmigungen für die Türkei mit einem finanziellen Gesamtvolumen von rund zehn Millionen Euro.

Auch bei der türkischen Militäroffensive „Operation Friedensquelle“ werden seit Oktober 2019 nachweislich Leopard-2-Kampfpanzer von den türkischen Streitkräften in den nördlichen Provinzen Syriens eingesetzt.

Seit Ende 2016 verfolgt die deutsche Bundesregierung nach eigenem Bekunden eine restriktivere Genehmigungspolitik bezüglich der Rüstungsexporte in die Türkei. So wurden von November 2016 bis März 2017 elf Anträge nicht genehmigt, während es von 2010-2015 insgesamt nur zu acht Ablehnungen kam. Die verweigerten Genehmigungen umfassten Lieferungen von Handfeuerwaffen, Munition sowie Komponenten für andere Rüstungsgüter. Als Gründe wurden die sich verschlechternde Menschenrechtslage nach dem Putschversuch, der sich erneut zuspitzende kurdische Konflikt sowie die Befürchtung, dass die Rüstungsgüter für Repressionen innerhalb der Türkei genutzt werden könnten, genannt. Die Bundesregierung bezog sich dabei auf folgende Kriterien des Gemeinsamen Standpunktes der EU für Rüstungsexporte: Kriterium 2 „Achtung der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts durch das Endbestimmungsland“, Kriterium 3 „Innere Lage im Endbestimmungsland als Ergebnis von Spannungen oder bewaffneten Konflikten“ und Kriterium 7 „Risiko der Abzweigung von Militärtechnologie oder Militärgütern im Käuferland oder der Wiederausfuhr von Militärgütern unter unerwünschten Bedingungen“. Während für die Ablehnungen von 2009 bis 2014 immer das Kriterium 7 als Grund genannt wurde, steht seit 2016 das Kriterium 3 im Vordergrund. Als Reaktion auf die türkische Militäroffensive hatte die Bundesregierung im Oktober 2019 angekündigt, vorerst keine Genehmigungen mehr für Rüstungsgüter und Waffen zu erteilen, die von der Türkei potenziell in dem Konflikt eingesetzt werden könnten. 2020 genehmigte die Bundesregierung allerdings 68 Ausfuhren von Rüstungsgütern mit einem Volumen von insgesamt rund 22,9 Mio. Euro in die Türkei. Dem gegenüber wurde lediglich eine Ausfuhr im Wert von 3,75 Mio. Euro mit Verweis auf die Kriterien 3 (Innere Lage im Empfängerland) und 4 (Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region) des Gemeinsamen Standpunktes der EU von der deutschen Bundesregierung abgelehnt.

Im Zuge der anvisierten Stärkung der lokalen Rüstungsindustrie der Türkei sollen ca. 1.000 Altay-Kampfpanzer gebaut werden. Die ersten Prototypen wurden 2017 getestet. Wie der Leopard-Panzer sollte auch der Altay eine 120-Millimeter Glattrohrkanone enthalten, die Medienberichten zufolge mit einer Lizenz von Rheinmetall gebaut werden sollte. Die Dieselmotoren des türkischen Panzers sollten von der MTU Friedrichshafen/Rolls-Royce-Gruppe kommen. Zudem strebte der deutsche Rüstungskonzern Rheinmetall an, in diese Produktion im Rahmen eines internationalen Konsortiums einzusteigen. Dieser ursprünglich anvisierte Plan, die lokal-produzierten Altay-Kampfpanzer auch mit Komponenten aus Deutschland auszustatten, wurde mittlerweile – insbesondere aufgrund der deutschen Kritik an der Militäroffensive in Nordsyrien – von türkischer Seite verworfen. Das dafür im Herbst 2016 von Rheinmetall mit BMC sowie malaysischen Partnerfirmen gegründete Joint-Venture befindet sich derzeit in der Auflösung.

Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland

Tabelle 3

Höhe der Exporte von Großwaffensystemen in die Türkei 2017-2021, Mio. TIV³

Jahr	2017	2018	2019	2020	2021	2017-2021
Summe	428	488	760	94	271	2040

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Tabelle 4

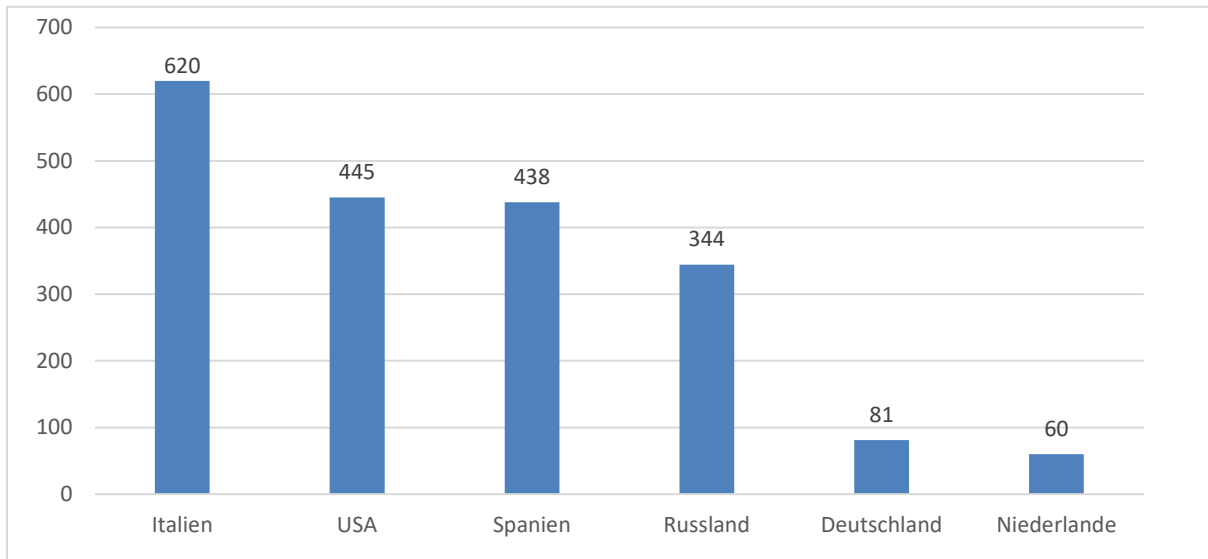
Deutsche Exporte von Großwaffensystemen in die Türkei 2017-2021, Mio. TIV

Jahr	2017	2018	2019	2020	2021	2017-2021
Summe	24	28	28	-	1	81

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

³ SIPRI gibt die Werte als sogenannten Trend Indicator Value (TIV) an. Der TIV basiert auf den bekannten Produktionskosten für bestimmte Waffensysteme und bildet den militärischen Wert in einer eigenen hypothetischen Einheit ab. So werden etwa Wertverluste bei älteren und gebrauchten Geräten berücksichtigt. Der TIV bildet damit eher den militärischen als den finanziellen Wert ab. Weiterführend, siehe SIPRI, Arms Transfers Database, abrufbar unter: <https://www.sipri.org/databases/armstransfers/background#TIV-tables>

Schaubild 2

Wichtigste Lieferanten von Großwaffensystemen 2017-2021, Mio. TIV

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Kommentar zu den Waffenkäufen

Laut SIPRI-Datenbank (Stand: März 2022) nahm die Türkei im Zeitraum 2017 bis 2021 die 17. Stelle unter den weltweiten Waffenimporteuren ein. Wichtigster Rüstungslieferant für die Türkei waren lange die USA, im genannten Zeitraum jedoch Italien.

Unter anderem die Luftwaffe wurde in den letzten Jahren durch Lieferungen der USA modernisiert. So schaffte die Türkei z. B. 30 Mehrzweckkampfflugzeuge des Typs F-16C Block-50/52 an, welche bis 2012 ausgeliefert wurden. 2012 erhielt die Türkei außerdem 3 gebrauchte AH-1W SuperCobra Kampfhubschrauber aus den USA; 2016 lieferten die USA im Rahmen eines 400 Mio. US-Dollar-Geschäftes sechs CH-47F Chinook Transporthubschrauber und bis 2019 nochmals vier weitere. Zwischen 2012 und 2014 wurden zudem 17 S-70B/SH-60B Seahawk (Helikopter zur U-Bootabwehr) geliefert und 2014 dann ein Großauftrag über 69 S-70/UH-60L Helikopter vergeben, deren Lieferung noch ausstehen. Die Fregatten der türkischen Marine wurden durch US-Lieferungen in den Jahren seit 2012 unter anderem mit 346 Luftabwehrraketen, vier Senkrechtstartanlagen für Flugkörper und 45 Nahbereichsverteidigungssystemen des Typs RIM-116A RAM ausgestattet. 2017 bestellte die Türkei 100 Lenkbomben (Typ JDAM) aus den USA, die 2018 geliefert wurden. 658 Lenkbomben vom selben Typ wurden 2018 geordert, von denen bis Ende 2019 300 ausgeliefert waren. 2017 exportierten die USA 160 Panzerabwehrraketen (Typ FGM-148 Javelin) in die Türkei und zwischen 2019 und 2021 über 650 JDAM präzisionsgelenkte Bomben.

Von Italien kaufte die Türkei schwerpunktmäßig Kampfhubschrauber sowie Schiffsgeschütze. So wurden zwischen 2014 und 2021 bereits 69 von insgesamt 92 bestellten T-129B ATAK Kampfhelikoptern geliefert. Zudem wurde 2016 ein Göktürk-1-

Aufklärungssatellit exportiert. Bereits 2005 wurden sechs ATR-72MP Flugzeuge zur U-Boot-Abwehr bestellt, von denen bisher vier Stück übergeben wurden.

Spanien exportierte hauptsächlich Flugzeuge zur U-Boot-Abwehr (CN-235MP) und für den Transport (A400M Atlas). Die Niederlande verkauften primär Weitbereichsradare für die Marine.

Allerdings ist die Türkei in den letzten Jahren darum bemüht, ihre Abhängigkeit von großen europäischen und US-Lieferanten zu reduzieren und sucht sich auch außerhalb der NATO-Rüstungspartner. Dies spiegelt sich auch in der im Januar 2017 erfolgten Aufkündigung des Vertrages zwischen dem türkischen Unternehmen Tümosan und dem österreichischen Unternehmen AVL wider, das bei der Entwicklung von eigenen Triebwerken für die Altay-Panzer unterstützen sollte. Im Rahmen der Begründung zur Beendigung dieses Vertragsverhältnisses wies das türkische Unternehmen auf die kritische Einstellung des Europäischen Parlamentes zur Türkei hin, die keine verlässliche Unterstützung bei militärischen Vorhaben durch westliche Unternehmen erwarten ließe. Dahinter steckt die Befürchtung, dass Sanktionen seitens der NATO- bzw. EU-Staaten erfolgen könnten. Dennoch bleiben Kooperationen mit NATO-Partnern für die Türkei weiterhin wichtig, wie das im Juli 2017 unterzeichnete vorläufige Abkommen zwischen Frankreich, Italien und der Türkei zeigt, dass die gemeinsame Entwicklung türkischer Flugabwehrsysteme anstrebt. Diese Kooperation des französisch-italienischen Konsortiums Eurosam mit türkischen Unternehmen zielt auf die Entwicklung und Produktion eines für alle drei Länder geeigneten Flugabwehrsystems ab.

Außerhalb der NATO scheinen insbesondere China und Russland für die Türkei von Interesse zu sein. Im November 2015 stoppte die Türkei eine vier Milliarden US-Dollar schwere Ausschreibung für ein Luftabwehrraketensystem, welches eigentlich der chinesischen Firma CPMIEC zugesprochen worden war. Grund dafür war die massive Kritik seitens einiger NATO-Mitglieder, insbesondere der USA, die einerseits auf die mögliche Inkompatibilität des chinesischen Systems mit jenen der NATO hinwiesen, andererseits aber auch den Vorwurf erhoben, dass CPMIEC internationale Sanktionen gegen den Iran, Nordkorea und Syrien missachte. Auch bezüglich russischer Systeme wurden Kompatibilitätsbedenken innerhalb der NATO geäußert. Dennoch schlossen die Türkei und Russland im September 2017 einen Vertrag zum Kauf von zwei S-400-Luftabwehrsystemen aus Russland ab, wobei zumindest ein Teil der Produktion in Kooperation mit türkischen Rüstungsunternehmen stattfinden soll. Türkische Medien berichten von einem Auftragsvolumen von 2,5 Milliarden US-Dollar. Die von der NATO geäußerten Bedenken – insbesondere das Pentagon befürchtet, dass Russland die neuen US-Tarnkappenflugzeuge F-35 über die empfindlichen Radare des Abwehrsystems ausspionieren könnte – wurden seitens der Türkei zurückgewiesen. Dennoch soll die Kooperation mit Eurosam für das türkische Flugabwehrsystem unabhängig davon parallel fortgeführt werden. Die ersten Lieferungen für das russische Luftabwehrraketensystem erfolgten im Juli 2019 und wurden bis Ende des Jahres vollendet. Ferner bestellte die Türkei aus Russland in den letzten fünf Jahren insbesondere Panzerabwehrraketen und Luftabwehrraketen sowie einen 64N6 Luftraumsuchradar.

Aufgrund der Beschaffung des S-400 wurde die Türkei im November 2019 von den USA aus dem Beschaffungsprogramm des F-35A Kampfflugzeuges ausgeschlossen. Infolgedessen soll die Türkei, insbesondere auch vor dem Hintergrund der sondierten

Industriekooperation mit Russland, Interesse an der Beschaffung von 36 russischen Su-35 Kampffjets gezeigt haben.

Der Putschversuch und die darauffolgenden Repressionen sowie die Uneinigkeit in Bezug auf die Strategie im syrischen Bürgerkrieg veranlassten einige NATO-Mitglieder zur Frage, inwiefern sie weiterhin sensible Technologien mit der Türkei teilen können und ob die Verteidigungszusammenarbeit allgemein noch tragbar ist. Dies gilt insbesondere für Frankreich und Deutschland, zeitweise auch für die USA und Großbritannien. Dennoch unterstützte die damalige britische Premierministerin Theresa May Anfang 2017 die Vermittlung eines Rüstungsabkommens über die gemeinsame Entwicklung von Kampfflugzeugen durch britische und türkische Unternehmen, das für die Türkei keine Einschränkungen bezüglich der Exportländer enthalten soll. Als Reaktion auf die türkische Militär-offensive gegen die kurdische YPG im Norden Syrien kündigte – neben Deutschland und Frankreich – jedoch auch die britische Regierung an, vorerst keine Genehmigungen mehr für Rüstungsgüter und Waffen zu erteilen, die von der Türkei potenziell in dem Konflikt eingesetzt werden könnten. Daneben haben Norwegen, Finnland und die Niederlande auch bereits genehmigte Rüstungslieferungen in die Türkei vorerst gestoppt. Schweden fordert ein EU-weites Waffenembargo, auf das sich die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union bisher nicht einigen konnten.

Militärausgaben

Tabelle 5

Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP

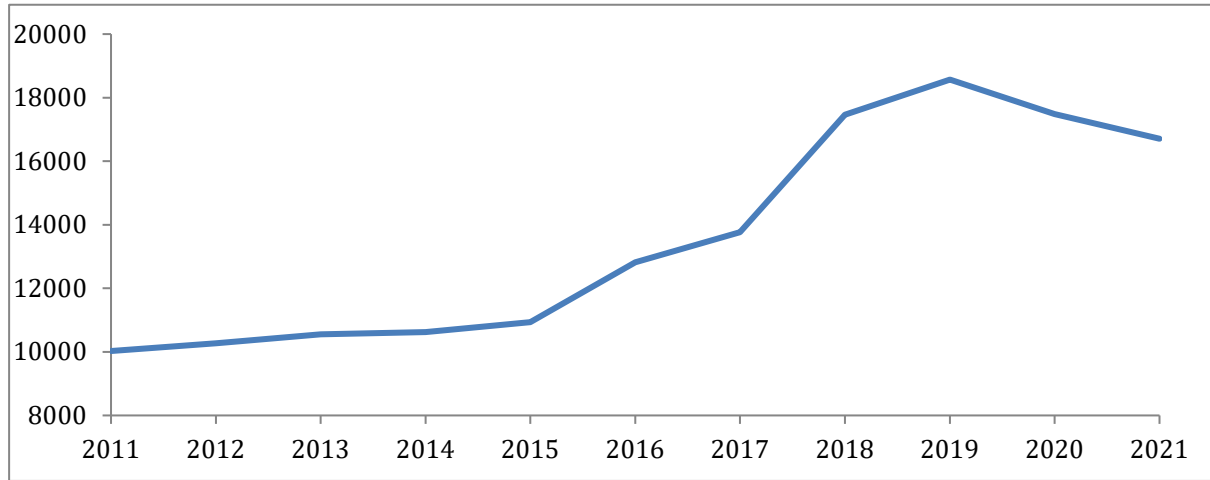
	2017	2018	2019	2020	2021
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	13762	17467	18568	17478	16709
Anteil am BIP (in Prozent)	2,1	2,5	2,7	2,4	2,1
Anteil an Staatsausgaben (in Prozent)	6,1	7,3	7,5	7,2	6,3

Angaben in konstanten Preisen mit 2020 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 3

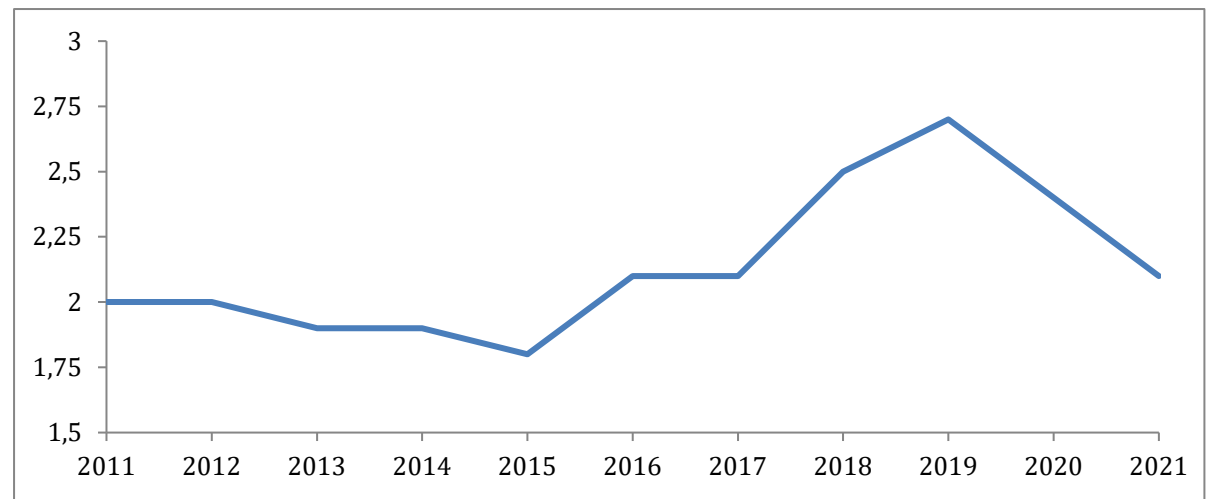
Absolute Militärausgaben, Trend 2011 – 2021 in Mio. USD



Angaben in konstanten Preisen mit 2020 als Basisjahr.
Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 4

Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2011 – 2021 (in Prozent)



Angaben in konstanten Preisen mit 2020 als Basisjahr.
Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Lokale Rüstungsindustrie

Die türkische Rüstungsindustrie besteht aus ca. 100 Kernunternehmen und ist relativ breit aufgestellt. Die Kompetenzen der lokalen Industrie umfassen Schiffskonstruktion und -reparatur, das Design und die Produktion von Landfahrzeugsystemen, Kleinwaffen, Ausrüstung zur Abwehr von chemischen, biologischen sowie radiologischen und

nuklearen Gefahren, Raumfahrtkomponenten, militärischer Elektronik, Sensorsystemen, unbemannten Flugsystemen und Software-Service. Bestimmte, kritische Technologien kann die Türkei jedoch noch nicht selbst herstellen. So ist das Land beispielsweise bei der Raumfahrttechnik noch von ausländischer Expertise abhängig. Ebenso basiert der als lokales Projekt dargestellte Altay-Panzer auf den südkoreanischen K2-Kampfpanzern und auch lokale Drohnenprogramme beruhen auf in der Türkei angepassten ausländischen Technologien.

Trotz des relativ aktiven Privatsektors bleiben die staatseigenen Industrieanteile groß. So ist der Staat mit 21 Unternehmen an ca. einem Fünftel der Rüstungsunternehmen beteiligt, einige der führenden Unternehmen, so zum Beispiel Turkish Aerospace Industries (TAI) oder Makina ve Kimya Endüstrisi Kurumu (MKE), sind vollständiges Staatseigentum. Um das Ziel der türkischen Regierung zu erreichen, in der Rüstungsindustrie zu einem der wichtigsten globalen Akteure zu werden, soll die Privatisierung weiter forciert werden. Bereits im Zeitraum 2017 – 2021 belegte die Türkei den 12. Platz unter den weltweit größten Waffenexporteuren. Bislang wurden eine solche Privatisierung sowie eine ebenfalls angestrebte Verkleinerung staatseigener Unternehmen jedoch immer wieder verschoben.

Die Türkei ist bestrebt, ihre Abhängigkeit von ausländischen Lieferungen und Unternehmen durch die Stärkung der eigenen Rüstungsindustrie zu überwinden. Hierzu wurden bereits zahlreiche Maßnahmen in die Wege geleitet: So werden in jedem Fünfjahresplan seit 2007 neue Zielmarken für den Anteil der lokalen Rüstungsindustrie an der Beschaffung durch die Türkei sowie für den Wert der Rüstungsexporte festgelegt. Während diese Ziele in den Anfangsjahren teils übertroffen wurden, stagnierte diese Entwicklung in den letzten Jahren; insbesondere aufgrund des vergleichsweise schwachen Wirtschaftswachstums. Trotz dieser Hindernisse kündigte der türkische Präsident Erdoğan 2015 an, dass die Türkei bis 2023 unabhängig von Rüstungsimporten sein will. 2015 betrug der Anteil der Ausrüstung der türkischen Streitkräfte durch lokale Rüstungsunternehmen rund 60 Prozent. Als weitere Maßnahme zur Stärkung der lokalen Rüstungsindustrie sind nationale Rüstungsunternehmen seit 2011 dazu verpflichtet, Unteraufträge an türkische Unternehmen zu vergeben und diese ebenso wie die Partnerunternehmen bei Exporten zu unterstützen. Ende 2018 wurde die staatliche Raumfahrtbehörde Türkiye Uzay Ajansı (TUA) gegründet, um die eigene Unabhängigkeit auch in diesem Bereich voranzutreiben.

Auch wenn die türkische Rüstungsindustrie noch nicht die von der Politik geforderten hohen Anteile erfüllen kann, so hat sie in den vergangenen 15 Jahren große Fortschritte bezüglich ihres Outputs und ihrer Unabhängigkeit gemacht, insbesondere im Bereich der Luftfahrt. Hauptexportmärkte der Türkei waren zwischen 2011 und 2017 Aserbaidschan, Deutschland, Großbritannien, Indien, Malaysia, Katar, Saudi-Arabien, Tunesien, die Vereinigten Arabischen Emirate und die USA. Das Ziel, bis 2016 Rüstungsgüter im Wert von zwei Milliarden US-Dollar jährlich zu exportieren, schien 2015 mit einem Wert von 1,6 Milliarden nicht unrealistisch zu sein. 2020 brachen die Exporte im Bereich Verteidigung, Luft- und Raumfahrt um 17 Prozent im Vergleich zum Vorjahr ein (Exportwert 2019: 2,74 Milliarden Dollar), erfüllten mit 2,28 Milliarden allerdings immer noch das gesteckte Ziel.

Die Bereiche, in denen die Türkei ohne die Unterstützung ausländischer Unternehmen wettbewerbsfähig ist, bleiben dennoch begrenzt. Das schwache Wirtschaftswachstum und die hohe Inflation der letzten Jahre sowie das mangelnde Personal als eine Folge des

Putschversuchs im Juli 2016 wirken bezüglich der globalen Wettbewerbsfähigkeit bremsend, auch wenn die Regierung ihren Wunsch, die türkische Rüstungsindustrie eigenständiger zu machen, nach dem Putsch nochmals forcierte. Die Rüstungsindustrie stärkte deshalb ihre Beziehungen zu islamisch geprägten Ländern, insbesondere zu Pakistan und Katar.

Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: Ja; 12 Monate. 5,5 Monate für Hochschulabsolvent:innen; 21 Tage für Absolvent:innen mit Freistellung)

Box 1

Gesamtstärke der Streitkräfte

355.200 aktive Streitkräfte, davon:

Heer: 260.200

Marine: 45.000

Luftwaffe: 50.000

Reserve: 378.700

Gendarmerie & Paramilitärische Einheiten: 156.800, davon:

Gendarmerie: 152.100

Küstenwache: 4.700

Quelle: IISS Military Balance 2022

Tabelle 6

Stärke der Streitkräfte, Trend 2013–2021

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Aktive in 1.000 (IISS)	511	511	511	355	355	355	355	355	355
Soldat:innen auf 1.000 Einwohner:innen (BICC Berechnungen)	6,7	6,6	6,5	4,4	4,4	4,3	4,3	4,2	4,2

Quellen: IISS Military Balance, 2014-2022, World Bank

Kommentar

Vor dem Putschversuch am 15. Juli 2016 verfügte die Türkei über etwas mehr als eine halbe Mio. aktive Soldat:innen, womit die Türkei das zweitgrößte Truppenkontingent innerhalb der NATO stellte. In Folge des gescheiterten Putschversuchs kam es jedoch zu [29.444](#) Entlassungen und über 15.000 (über 150 der Verhafteten sind Generäle) Festnahmen von Militärpersonal sowie zu einer [Umstrukturierung](#) der Streitkräfte. Sie soll den traditionell sehr starken Einfluss des Militärs, der im Laufe der AKP-Regierungszeit seit 2003

bereits erheblich reduziert worden war, nochmals einschränken, u. a. durch den Ausbau politischer Kontrollmechanismen. Der geplante Einflussverlust des Generalstabs macht sich daran fest, dass einerseits einige seiner Kompetenzen an das Verteidigungsministerium übergehen und dass er andererseits vermehrt zivil besetzt werden soll. Während die drei Teilstreitkräfte nun dem Verteidigungsministerium direkt unterstellt sind, sind die paramilitärischen Einheiten dem Innenministerium angegliedert. Die Verantwortung für die Gendarmerie wird jedoch in Kriegszeiten dem Verteidigungsministerium übergeben.

Die Gendarmerie, die für die öffentliche Ordnung in ländlichen Gebieten, die nicht in den Zuständigkeitsbereich der Polizeikräfte fallen, sowie für die Gewährleistung der inneren Sicherheit und die allgemeine Grenzkontrolle zuständig ist, war immer Teil des Militärs. Ihre Abschaffung ist ein Schlag gegen die Schlagkraft der Streitkräfte. Auch der Hohe Militärrat, die Kontrolle der Militärgerichtsbarkeit, das Sanitätswesen der Streitkräfte und das militärische Ausbildungswesen werden zunehmend zivil besetzt. Nach dem gescheiterten Putschversuch hat die türkische Regierung außerdem einen weiteren Erlass zur Schließung von Militärhochschulen und zur Umstrukturierung von Kriegsakademien erlassen. Alle Militärgymnasien wurden geschlossen, und alle Kadetten wurden an reguläre staatliche Schulen versetzt. Im Sommer 2017 verfügte der Oberste Militärrat die Ablösung der drei Führungsfiguren der Teilstreitkräfte, ohne offizielle Gründe dafür zu nennen. Diese Entwicklungen stehen allerdings nicht allein, sondern hängen mit dem Bestreben der AKP-Regierung zusammen, nicht nur in Bezug auf das Militär, sondern auch insgesamt ihre Macht auszuweiten. Im August 2017 waren nur noch weniger als ein Drittel des Personals, das Führungspositionen innerhalb des Militärs vor dem Putschversuch eingenommen hatte, im Amt. Rund 40 Prozent der Generäl:innen und höheren Offizier:innen wurden in Gewahrsam genommen, was dazu führte, dass einige Positionen des Militärs nur noch von hochrangigen Offizier:innen bekleidet werden.

Trotz dieser Maßnahmen betonte die Regierung, dass die Reduktionen durch Reformen begleitet würden, sodass die Verteidigungsfähigkeit der Türkei nicht eingeschränkt sei. Einige der traditionellen Militäraufgaben sollen im Zuge dessen durch die Polizei, die zunehmend mit schweren Waffen ausgestattet wird, übernommen werden. Diese Reformen setzen einen Trend fort, der sich schon in den kurdisch dominierten Gebieten im Südosten der Türkei abgezeichnet hat. Sichtbar wurde die nach wie vor bestehende Schlagkraft des türkischen Militärs im Rahmen der Militäroperation „Olivenzweig“, die die Türkei ab dem 20. Januar 2018 im nordsyrischen Afrin umsetzte. Unabhängig davon hat auch die Umsetzung von Plänen begonnen, die Streitkräfte zu professionalisieren und den hohen Anteil von circa 50 Prozent Wehrpflichtigen unter den aktiven Soldat:innen zu reduzieren. Voraussichtlich wird das Wehrpflichtsystem aber grundsätzlich bestehen bleiben.

Im April 2017 eröffnete die Türkei ihre erste Militärbasis in der Golfregion in Katar, wo Einheiten des Heeres, der Marine, der Luftwaffe und Spezialeinheiten aktiv sind. Die Zahl der dortigen Streitkräfte soll auf circa 3.000 ausgeweitet werden. Auch in der Region Kurdistan-Irak (KRI) verfügt die Türkei über zahlreiche Militärbasen.

Bewaffnung der Streitkräfte

Tabelle 7

Heer

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Schwere Panzer	4.378	Davon 2.000 M48A5 T1 im Lager
Aufklärer	Ca. 250	
Schützenpanzer	645	
Bergepanzer	150	
Pionierpanzer	Mehr als 12	
Brückenlegepanzer	88	
Gepanzerte Mannschaftstransporter	5.266	
Artillerie	Mehr als 7.836	
Panzerabwehr	415	Zusätzlich rückstoßfreie Abschussgeräte und tragbare Panzerabwehr-lenkwaffensysteme, z. B. <i>Milan</i>
Flugzeuge zur Luftüberwachung	5	
Trainingsflugzeuge	49	
Transportflugzeuge	8	
Kampfhubschrauber	94	
Mehrzweckhubschrauber	28	
Transporthubschrauber	Mehr als 226	
Drohnen	Mehr als 33	Kampfdrohnen (Bayraktar TB2), Aufklärungsdrohnen (<i>Falcon 600/Firebee; CL-89; Gnat</i>)
Loitering Munition	Einige	<i>Harpy</i>
Luftabwehr	Mehr als 1.550	Davon mehr als 148 Boden-Luft-Raketen und 1.402 Geschütze
Raketen	Einige	<i>Mizrak-U</i>

Quelle: *IISS Military Balance 2022*

Kommentar

Das türkische Heer wurde in der AKP-Regierungszeit stark reduziert und war vom Rückgang der Anzahl der Streitkräfte der vergangenen Jahre von den drei Einheiten am stärksten betroffen. Zeitgleich erhöhte sich die Qualität der Ausbildung. Ziel des Heeres ist es, alle NATO-Missionen erfüllen zu können und entsprechend mobil und fähig zu sein, in der gesamten Bandbreite an Konfliktsituationen operieren zu können.

Im Dezember 2015 wurde bekannt, dass das Heer in Abstimmung mit dem irakischen Verteidigungsministerium schon seit damals knapp einem Jahr im Irak aktiv war, hauptsächlich bei Trainingsmaßnahmen lokaler Streitkräfte im Kampf gegen den Islamischen Staat (IS). Im Zuge der Operation „Euphrat-Schild“ vom August 2016 bis März 2017 wurde das türkische Heer im Norden Syriens eingesetzt, wobei es u. a. zu Aktionen gegen die kurdische Miliz YPG (Yekîneyên Parastina Gel, deutsch: Volksverteidigungseinheiten) kam. Die Aktionen gegen die YPG sollten insbesondere einen YPG-kontrollierten Korridor zwischen Kobane und Afrin verhindern. Im Oktober 2016 lag die Zahl der im Nordirak stationierten türkischen Soldat:innen bei schätzungsweise 2.000. Ob das Heer nach dem offiziellen Ende der Operation abgezogen wurde, ist unklar. Im Frühjahr 2017 sollen sich türkische Spezialeinheiten und der türkische Geheimdienst MIT an Offensiven der kurdischen Peschmerga im Nordirak gegen die jesidische Selbstverwaltung Shingals beteiligt haben. Die nordirakischen Streitkräfte sollen dabei auch deutsche Dingo-Panzer eingesetzt haben. Ab Januar 2018 wurde das türkische Heer im Rahmen der Operation „Olivenzweig“ im syrischen Afrin eingesetzt und ab 2019 im Rahmen der Operation „Friedensquelle“. Der Türkei wurde eine Teilkontrolle über die Provinz Idlib gewährt, in der die verbleibende bewaffnete Opposition stationiert ist.

Tabelle 8

Marine

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
U-Boote	12	
Fregatten	16	
Patrouillenboote	45	
Davon Korvetten	10	
Minenboote	15	
Amphibienfahrzeuge	35	
Logistik und Unterstützung	35	

Quelle: IISS Military Balance 2022

Box 2

Weitere Marineeinheiten

Marineflieger:

29 Hubschrauber zur U-Boot-Abwehr

7 Transportflugzeuge

6 Seeaufklärungsflugzeuge

4 Flugzeuge zur U-Boot-Abwehr

8 Drohnen

Quelle: IISS Military Balance 2022

Kommentar

Die Marine ist die kleinste Teilstreitkraft des türkischen Militärs, konnte aber in den letzten Jahren durch eine Bandbreite an Operationen ihre internationale Bedeutung erhöhen. So wurde die Zusammenarbeit mit den Seestreitkräften aus Deutschland, den Niederlanden, Großbritannien, Griechenland, Italien, Spanien, Belgien und den USA durch die Beteiligung der türkischen Marine an der Standing NATO Maritime Group 2 (seit 2013) und der Standing NATO Response Force Mine Countermeasures Group 2 (SNMCMG2, seit 2010) gestärkt, in deren Verbund die türkische Marine auch teils zu den NATO-Operationen Active Endeavor (z. B. 2009, 2012) und Ocean Shield (z. B. 2009, 2014) beiträgt. Außerhalb der NATO beteiligt sich die türkische Marine seit 2010 an der vom UN-Sicherheitsrat mandatierten Combined Task Force 151 im Kampf gegen Piraterie vor Somalia. Zudem ist die Türkei seit 2006 Teil des Marineeinsatzverbandes der United Nations Interim Force in Lebanon (UNIFIL).

Die Rolle der Marine im Mittelmeer und Schwarzen Meer wird weiterhin ausgebaut. Auch wenn die Kooperation zwischen den Staaten am Schwarzen Meer durch die Krise in der Ukraine beeinträchtigt wird, verfolgt die Türkei eine Strategie der regionalen Kooperationen am Schwarzen Meer. Beispielhaft sind hier die türkisch initiierte Black Sea Naval Cooperation Task Group (BLACKSEAFOR) zwecks Sicherheitsgewährleistung und humanitärer Einsätze und die zunächst nationale, mittlerweile aber multilaterale Operation Black Sea Harmony zur Terrorismusbekämpfung zu nennen.

Die Marine ist einer der Hauptempfänger der lokalen Rüstungsindustrie geworden, für die Zukunft wird aktuell zum Beispiel über die lokale Produktion eines Flugzeugträgers gesprochen, für die allerdings noch keine konkreten Pläne existieren. Derzeit finden Seeerprobungen eigens entwickelter unbemannter, bewaffneter Kampfschiffe statt.

Die 12 Schiffe der U-Boot-Flotte stammen alle entweder aus Deutschland oder wurden unter deutscher Lizenz produziert. So wurden die U-Boote der Klasse 209/1400 unter Lizenz des Herstellers Howaldtswerke Deutsche Werft (HDW) von 1994 bis 2007 in der Türkei gefertigt. Zudem baut die Türkei aktuell sechs U-Boote mit Außenluftunabhängiger Antriebsanlage des Typs 214 unter deutscher Lizenz, von denen das erste im März 2021 vorgestellt wurde. Die ersten U-Boote der Klasse Atilay wurden in den 1970er Jahren durch die HDW und durch die türkischen Gölcük Naval Shipyard produziert.

Mit Griechenland ist die Türkei wieder in Gesprächen, nachdem es Mitte 2020 zu enormen Spannungen zwischen den beiden Ländern im östlichen Mittelmeer kam.

Tabelle 9
Luftwaffe

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Jagdbomber	27	Zusätzlich 48 F5 als LIFT aufgerüstet
Abfangjäger	279	
Flugzeuge zur Luftüberwachung	9	
AWACS	4	
Tankflugzeuge	7	
Ausbildungsflugzeuge	171	
Transportflugzeuge	83	Davon 1 Passagierflugzeug
Transporthubschrauber	35	
Luftabwehr	Mehr als 32	u. a. MIM-14 <i>Nike Hercules</i> ; <i>Rapier</i>
Drohnen	46	Kampfdrohnen (<i>ANKA-S</i>) und Aufklärungsdrohnen (<i>Heron</i> , <i>Gnat 750</i>)
Raketen	Einige	u. a. <i>Sidewinder</i> ; <i>Sparrow</i> ; <i>Maverick</i>

Quelle: IISS *Military Balance 2022*

Kommentar

Die türkische Luftwaffe gilt als gut ausgestattet und trainiert. Es sind diverse größere Anschaffungsvorhaben in Planung, allerdings kommt es immer wieder zu Verzögerungen, z. B. bezüglich eines militärischen Satelliten für den Aufbau der angestrebten, eigenen Raumfahrtkompetenzen. 2014 wurde die Luftwaffe umstrukturiert, laut Präsident Erdoğan zwecks erhöhten Abschreckungspotenzials vor dem Hintergrund der Situation in Syrien und der allgemein zunehmend instabilen Lage im weiteren Mittleren Osten. So wurden mehrere Untereinheiten unter das gleiche Kommando gestellt.

Seit Juli 2015 flog die Luftwaffe Angriffe auf den IS in Syrien. Kurz nach dem ersten Angriff auf IS-Ziele wurde sie auch dazu eingesetzt, Luftangriffe gegen die PKK zu fliegen. Innerhalb weniger Tage wurden im Nordirak und im Norden Syriens hunderte PKK bzw. PYD -Stellungen getroffen. Die Luftangriffe gegen die PKK und ihre Schwesterorganisation in Syrien wurden seitdem regelmäßig wiederholt. So bombardierte die türkische Luftwaffe beispielsweise im April 2017 das nordirakische Shingal sowie eine Gebirgsregion in Nordostsyrien, wobei neben Kämpfer:innen der mit den USA kooperierenden YPG auch Medienvertreter:innen getötet wurden. Ferner wurde ein YPG-Stützpunkt in Nordsyrien getroffen. Im Sommer 2017 wurden mehrfach kurdisch dominierte Gebiete in Nordsyrien

angegriffen, auch um die de-facto-Autonomie des von der PYD (Partiya Yekitiya Demokrat, deutsch: Partei der Demokratischen Union), einer Schwesterpartei der PKK, beherrschten Gebietes zu beenden. Die Militäroperation in Afrin im Januar 2018 begann die Türkei mit einem schweren Luftbombardement, bei dem 72 Kampfflugzeuge zum Einsatz kamen.

In den letzten Jahren hat die Türkei auch eine umfassende Drohnenflotte aufgebaut, die insgesamt rund 130 bewaffnete Drohnen (vornehmlich Bayraktar TB2 und ANKA-S) und Hunderte unbewaffnete Modelle umfasst. Zusätzlich zu den Kampffjets wurden diese Drohnen auch bei den Offensiven in Syrien und Nordirak eingesetzt.

Box 3

Paramilitärische Einheiten

Gendarmerie:

Mehr als 57 Aufklärer

Mehr als 760 gepanzerte Mannschaftstransporter

Einige Flugzeuge zur Luftüberwachung

2 Transportflugzeuge

9 Kampfhubschrauber

19 Mehrzweckhubschrauber

35 Transporthubschrauber

24 Drohnen (kampffähig)

Küstenwache:

108 Patrouillenboote

3 Seeaufklärungsflugzeuge

8 Mehrzweckhubschrauber

Quelle: IISS Military Balance 2022

Box 4

Peacekeeping

Bosnien und Herzegowina (EUFOR): 242 Soldat:innen

Irak (NATO Mission Iraq): 86 Soldat:innen

Libanon (UNIFIL): 112 Soldat:innen

Serbien (KFOR): 321 Soldat:innen

(UNMIK): 1 Soldat:in

Quelle: IISS Military Balance 2022

Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft

Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft durchläuft etwa seit 2003 und insbesondere seit dem gescheiterten Putschversuch im Juli 2016 einen bedeutenden Wandel. Traditionell nahm das Militär seit der Gründung der türkischen Republik 1923 eine sehr

bedeutende Stellung ein, was historisch auf seinen Einfluss auf die Entstehung der Republik zurückzuführen ist. So sah es sich seit Staatsgründung durch Mustafa Kemal Atatürk stets als Wächter seines Erbes und der Verfassung, welche eine strikte Trennung von Staat und Religion vorsieht. Die Streitkräfte dienten der Verteidigung der Türkei, nicht nur gegen äußere, sondern auch gegen innere Feinde. Das Militär putschte seit 1923 dreimal (1960, 1971 und 1980). In allen drei Fällen wurde dies durch breite Teile der türkischen Bevölkerung befürwortet. Zudem erzwang das Militär 1997 den Rücktritt der Regierung, eine Entwicklung, die als „sanfter Putsch“ bezeichnet wurde und die Macht des Militärs erneut demonstrierte. Der Putschversuch von 2016 ist bislang ungenügend aufgeklärt.

Der erste Putsch erfolgte am 17. Mai 1960 gegen den damaligen Ministerpräsidenten Adnan Menderes, welcher später gemeinsam mit zwei weiteren Ministern hingerichtet wurde. Als Gründe nannten die beteiligten Offizier:innen islamische Tendenzen des Ministerpräsidenten und somit einen Verstoß gegen die laizistische Verfassung. Zudem wurde ihm eine Bevorzugung der Kurd:innen vorgeworfen. Bis zum November 1961 übernahm der General Cemal Gürsel als vierter Präsident die Macht in der Türkei, er implementierte eine neue demokratische Verfassung und übergab die Macht schließlich an eine zivile Regierung. Am 12. März 1971 putschte das Militär zum zweiten Mal und zwar gegen den damaligen Ministerpräsidenten Süleyman Demirel, der daraufhin zurücktrat. Laut der geschlossen agierenden Armeeführung sei dies aufgrund von anarchischen Zuständen im Land notwendig geworden. Zuvor hatte es eine Serie von Anschlägen und Unruhen durch Linksextremist:innen gegeben, welche auch auf die Formierung eines Einparteienstaates in der Türkei abzielten. In den Jahren nach dem Putsch wurde die Macht von zivilen, aber durch das Militär kontrollierten Übergangsregierungen übernommen. 1975 kam Demirel erneut an die Macht. Am 12. September 1980 wurde abermals gegen ihn geputscht, dieses Mal aufgrund von gewaltsamen Unruhen und Aktivitäten durch rechte und linke Gruppierungen im Land. Das Militär übernahm die Macht und verhängte das Kriegsrecht, dessen Folgen politische Inhaftierungen, Partei- und Gewerkschaftsverbote, Folter und zahlreiche Todesurteile waren. 1982 wurde eine neue Verfassung beschlossen, die in ihren Grundzügen noch heute Gültigkeit besitzt. Von 1983 bis 1989 wurde die Regierungsmacht langsam wieder an Zivilist:innen übergeben, jedoch sicherte sich das Militär dauerhaft mehr politischen Einfluss.

Nachdem die AKP 2002 an die Macht gekommen war, schränkte die AKP-Regierung unter Erdoğan den Einfluss des Militärs durch Reformen ein. Dies geschah einerseits in Vorbereitung auf den EU-Beitrittsprozess, andererseits auch im Eigeninteresse der türkischen Regierung. Da ihr die Streitkräfte der laizistischen Verfassung widersprechende Islamisierungsbestrebungen vorwarfen, sah Erdoğan im Militär eine potenzielle Gefahr. Im Zuge der Reformen besetzte er Schlüsselrollen mit regierungsnahen Personen, sodass der hohe Grad an politischer Autonomie des Militärs eingeschränkt wurde. 2007 wurden bei Razzien durch die Staatsanwaltschaft in Häusern mutmaßlicher Mitglieder des Geheimnetzwerkes „Ergenekon“ in Istanbul Handgranaten und Sprengstoff entdeckt. Ziel des Netzwerkes soll ein Militärputsch gegen die AKP-Regierung gewesen sein. Infolge der Aufdeckung wurden zahlreiche hochrangige Mitglieder des Militärs verhaftet und höhere Offizier:innen verurteilt. Ab 2011 wurden die Kontrollbefugnisse des Rechnungshofes und des Parlamentes über die finanziellen Mittel des Militärs gestärkt und eigenmächtige, militärisch initiierte Sicherheitsermittlungen unmöglich gemacht. Die Einschränkung der

Macht des Militärs wurde in der Bevölkerung und der Politik der Türkei zum Teil sehr begrüßt. Allerdings zeigt sich gegenwärtig, dass mit diesem Prozess keineswegs eine Stärkung der demokratischen Institutionen einhergeht. Vielmehr zeugen die Unklarheiten des Putschversuches in der Nacht vom 15. auf den 16. Juli 2016 von politischen Machtkämpfen, die zwischen verschiedenen politischen Lagern und dem Militär ausgefochten werden. Vieles deutet darauf hin, dass der Putsch nicht wie die vorherigen durch den Generalstab initiiert wurde, sondern durch einzelne General:innen. Die türkische Regierung macht die *Gülen-Bewegung* für den gescheiterten Staatsstreich verantwortlich, die das Militär teilweise unterwandert habe und die Macht im Staat übernehmen wolle. Zwar gibt es für die Putschinitiative Gülens keine stichhaltigen Beweise, doch lassen Aussagen von Zeug:innen und andere Indizien eine Teilunterwanderung des Militärs durch Anhänger:innen der Gülen-Bewegung nicht unplausibel erscheinen. Der Putschversuch scheiterte letztlich aufgrund der niedrigen Beteiligung und des Widerstandes in der Bevölkerung sowie durch das Eingreifen der Polizei. In Folge des gescheiterten Putschversuches kam es zu tausenden [Entlassungen](#) und Festnahmen, nicht nur von hochrangigen Militärs (17.884), sondern auch von Personal u. a. aus Justiz (7.220), Bildungsinstitutionen (34.228) und Medieneinrichtungen (Stand: März 2022). Wie die regierungsnahen Tageszeitung Sabah berichtet, wurden insgesamt 29.444 Militärangehörige aus den türkischen Streitkräften, der Gendarmerie und der Küstenwache entlassen, nachdem der Putschversuch gescheitert war. Weitere 3.310 Soldaten wurden beurlaubt und 1.632 wurden bis zum Abschluss der Untersuchungen suspendiert. Den Betroffenen gegenüber wird der Generalvorwurf erhoben, der Gülen-Bewegung nahestehen. Erkennbar ist hierin der Versuch seitens der Regierung den politischen Einfluss des Militärs erheblich einzuschränken. Der Kompetenzbereich des Generalstabes wurde dadurch beschnitten, dass die Einheiten der Streitkräfte direkt dem Verteidigungsministerium unterstellt wurden, während die Gendarmerie und die Küstenwache dem Innenministerium angegliedert wurden. Der Nationale Sicherheitsrat wurde mehrheitlich zivil besetzt. Aufgrund dieser personellen Veränderungen vermuten einige Beobachter:innen, dass sich religiös-konservative Strömungen zunehmend auch im türkischen Sicherheitssektor durchsetzen werden.

Polizei und andere Sicherheitskräfte

Tabelle 10

Ausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit der Zentralregierung, gemessen am BIP (in %)

	2016	2017	2018	2019	2020
Ausgaben öffentliche Ordnung / Sicherheit	1,9	1,8	1,9	2,0	2,1

Quelle: IMF Government Finance Statistics.

https://data.imf.org/?sk=4e99eda6-45f6-4dcc-bd50-45fc207a6af5&hide_uv=1

Kommentar

Die türkische Polizei ist dem Innenministerium untergeordnet und weist eine sehr zentralisierte Struktur auf. Die Führung der Polizei, der:die Generaldirektor:in für Sicherheit, ist durch den:die Innenminister:in bestellt und ihm oder ihr gegenüber rechenschaftspflichtig. Dem:der Generaldirektor:in unterstehen 80 Provinzen, welchen jeweils ein:e Vier-Sterne-Direktor:in vorsteht. Diese:r ist für die Ausrichtung der Polizeiarbeit und grundlegende Entscheidungen verantwortlich. Durch die polizeiliche Rechenschaftspflicht gegenüber dem Innenministerium untersteht die Polizei der Kontrolle der jeweiligen Regierungspartei. Nach Regierungswechseln ist es deshalb üblich, das Personal auf den Führungspositionen auszuwechseln. Die Politik und die Polizeiarbeit sind eng miteinander verknüpft. Bei regierungskritischen Demonstrationen ist die Polizei in den letzten Jahren vermehrt gewaltsam gegen Demonstrierende vorgegangen. Als Gegengewicht zum Militär ist die türkische Polizei vergleichsweise schwach. Verschiedene Regierungen hatten mehrfach den Versuch unternommen, die Polizei und damit auch die eigene Macht gegenüber dem Militär zu stärken. Doch erst der Regierung Erdoğan gelang dies teilweise. So wurde in Folge des versuchten Putsch 2016 der Gülen-Bewegung vorgeworfen, eine Unterwanderung der Polizei eingeleitet zu haben. Dies hatte eine Entlassungswelle bei der Polizei zur Folge, bei der im April 2017 9.000 türkische Polizist:innen suspendiert wurden. Die Unterwanderung von Polizei und Justiz durch die Gülen-Bewegung wird allerdings auch durch westliche Sicherheitsstellen vermutet. Denn bis 2013 kooperierten Erdoğan und Gülen, der bis dahin für die Polizeireform zuständig war und dessen Anhänger:innen vermehrt dort arbeiteten. Die religiöse Lehre und die Ideen des islamischen Predigers Fethullah Gülen wirken über ein breites Netzwerk aus Vereinen und Privatschulen sowohl innerhalb der Gesellschaft der Türkei, als auch außerhalb des Landes. Sein Einfluss, u. a. in Polizei und Sicherheitsapparat des Landes, begleitete den Aufstieg der AKP in der Türkei über einige Jahre, ab 2010 kam es jedoch zu abweichenden Interessen im Verhältnis der beiden Seiten und schließlich zum Machtkampf, der 2013 im offenen Konflikt resultierte.

Informationen nach den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Überblick über die Einstufung nach BICC-Datenbank

Kriterium	Bewertung
1. Einhaltung internationaler Verpflichtungen	Nicht kritisch
2. Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	Kritisch
3. Innere Lage im Empfängerland	Kritisch
4. Erhalt von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	Kritisch
5. Bedrohung von Alliierten	Möglicherweise kritisch
6. Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	Möglicherweise kritisch
7. Unerlaubte Wiederausfuhr	Möglicherweise kritisch
8. Wirtschaftliche und technische Kapazitäten des Landes	Nicht kritisch

Quelle: Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC): Rüstungsexport-Datenbank (ruestungsexport.info).

Einhaltung internationaler Verpflichtungen

Tabelle 11

Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Chemiewaffen-Protokoll von 1928	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Partieller atomarer Teststopp Vertrag von 1963	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Äußerer Weltraumvertrag von 1967	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Non-Proliferationsvertrag für Nuklearwaffen von 1970	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden von 1972	Beigetreten (mit Einschränkung)	SIPRI Jahrbuch
Biologie- und Toxinwaffen-Konvention von 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken von 1978	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	SIPRI Jahrbuch

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen von 1983	Beigetreten (mit Einschränkung)	SIPRI Jahrbuch
Chemiewaffen-Konvention von 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Anti-Personenminen-Konvention (Ottawa Vertrag) von 1999	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Übereinkommen über Streumunition von 2010	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Der Internationale Waffenhandelsvertrag von 2014	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	SIPRI Jahrbuch

Kommentar

Die Türkei ist fast allen zentralen Abrüstungsverträgen beigetreten, jedoch nicht dem Übereinkommen über Streumunition von 2010. Das Land hat im April 2021 gegenüber dem Präsidenten der 10. Sitzung der Vertragsparteien der Konvention über Streubomben, Aidan Liddle, erklärt, dass es seit 2005 keine Streubomben mehr nutzt oder herstellt. Mit dem Nichtbeitritt behält das Land sich das Recht dazu aber weiterhin für den Kriegsfall vor und hat dieses Rüstungsgut zumindest im Jahr 2007 aus der Slowakei importiert sowie 2006/2007 an die Vereinigten Arabischen Emirate geliefert. Zudem gibt es nicht verifizierte Hinweise darauf, dass die Türkei im Kampf gegen die PKK im Südosten des Landes Streubomben eingesetzt hat. 2010 wurden zudem Vorwürfe laut, dass die Türkei in diesem Konflikt auch Chemiewaffen eingesetzt habe. Ein rechtsmedizinisches Gutachten des Hamburger Universitätsklinikums bestätigte auf Grundlage von Fotos, dass acht darauf abgebildete Personen höchstwahrscheinlich durch chemische Substanzen getötet wurden.

Zwar ist die Türkei dem Ottawa-Vertrag von 1999 beigetreten, jedoch hat das Land seinen Zeitplan zur Räumung seines Gebietes von Anti-Personenminen und zur Vernichtung seiner Minenbestände nicht eingehalten. 2021 soll das Land noch 6.357 Antipersonenminen besitzen, mehr als 100 Quadratkilometer sind weiterhin kontaminiert, besonders in den Grenzregionen zu Armenien, Iran, Irak und Syrien.

EU-Sanktionen gegen die Türkei wurden 2016 vom luxemburgischen Außenminister Asselborn aufgrund der Verhaftungswelle und Menschenrechtsslage nach dem versuchten Putsch ins Spiel gebracht, jedoch nicht beschlossen. Der Nationalrat Österreichs stimmte Ende 2016 für ein Waffenembargo gegen die Türkei, was sich auf die Genehmigungspolitik der Regierung jedoch nur empfehlend auswirkt. Trotzdem führte es dazu, dass ein Vertrag zwischen Tümosan und dem österreichischen Unternehmen AVL zur Produktion von Triebwerken für den türkischen Kampfpanzer Altay durch das türkische Unternehmen in Reaktion auf den Beschluss des Nationalrates aufgekündigt wurde. Unter anderem deswegen legte die Türkei 2017 ihr Veto bezüglich Partnerprogrammen der NATO mit Österreich ein. Deutschland hat nach dem Einmarsch türkischer Truppen in Syrien Oktober 2019 zwar einen partiellen Rüstungsexportstopp gegen die Türkei erlassen, jedoch gilt dieser nur für Rüstungsgüter, die im Krieg in Syrien eingesetzt werden können, weswegen bspw. Rüstungsgüter für den maritimen Bereich weiter geliefert werden.

Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

Tabelle 12

Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen

Abkommen	Status	Quelle
Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969	Beigetreten (mit Einschränkungen)	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976	Beigetreten (mit Einschränkungen)	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976	Beigetreten (mit Einschränkungen)	http://treaties.un.org
Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981	Beigetreten (mit Einschränkungen)	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum CEDAW, 2000	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987	Beigetreten (mit Einschränkungen)	http://treaties.un.org
Übereinkommen über die Rechte des Kindes, 1990	Beigetreten (mit Einschränkungen)	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, 2002	Beigetreten (mit Einschränkungen)	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002	Beigetreten (unter Vorbehalt; mit Einschränkungen)	http://treaties.un.org

Box 5

Auszug aus dem Länderbericht des US-amerikanischen Außenministeriums zur Menschenrechtspraxis für 2021

Turkey is a constitutional republic with an executive presidential system and a unicameral 600-seat parliament (the Grand National Assembly). In presidential and parliamentary elections in 2018, Organization for Security and Cooperation in Europe observers expressed concern regarding restrictions on media reporting and the campaign environment, including the jailing of a presidential candidate, that restricted the ability of opposition candidates to compete on an equal basis and campaign freely.

The National Police and Jandarma, under the control of the Ministry of Interior, are responsible for security in urban areas and rural and border areas, respectively. The military has overall responsibility for border control. Civilian authorities maintained effective control over law enforcement officials, but mechanisms to investigate and punish abuse and corruption remained inadequate. Members of the security forces committed some abuses.

Under broad antiterror legislation passed in 2018, the government continued to restrict fundamental freedoms and compromised the rule of law. Since the 2016 coup attempt, authorities have dismissed or suspended tens of thousands of civil servants and government workers, including more than 60,000 police and military personnel and more than 4,000 judges and prosecutors, arrested or imprisoned more than 95,000 citizens, and closed more than 1,500 nongovernmental organizations on terrorism-related grounds, primarily for alleged ties to the movement of cleric Fethullah Gulen, whom the government accused of masterminding the coup attempt and designated as the leader of the “Fethullahist Terrorist Organization.”

Significant human rights issues included credible reports of: arbitrary killings; suspicious deaths of persons in custody; forced disappearances; torture; arbitrary arrest and continued detention of tens of thousands of persons, including opposition politicians and former members of parliament, lawyers, journalists, human rights activists, and employees of the U.S. Mission, for purported ties to “terrorist” groups or peaceful legitimate speech; political prisoners, including elected officials; politically motivated reprisal against individuals located outside the country, including kidnappings and transfers without due process of alleged members of the Gulen movement; significant problems with judicial independence; support for Syrian opposition groups that perpetrated serious abuses in conflict, including the recruitment and use of child soldiers; severe restrictions on freedom of expression, the press, and the internet, including violence and threats of violence against journalists, closure of media outlets, and arrests or criminal prosecution of journalists and others for criticizing government policies or officials, censorship, site blocking, and criminal libel laws; severe restriction of freedoms of assembly, association, and movement, including overly restrictive laws regarding government oversight of nongovernmental organizations and civil society organizations; some cases of refoulement of refugees; serious government harassment of domestic human rights organizations; gender-based violence; crimes involving violence targeting members of national/racial/ethnic minority groups; crimes involving violence against lesbian, gay, bisexual, transgender, queer, and intersex persons.

The government took limited steps to investigate, prosecute, and punish members of the security forces and other officials accused of human rights abuses; impunity remained a problem. The government took limited steps to investigate allegations of high-level corruption.

Clashes between security forces and the Kurdistan Workers’ Party terrorist organization and its affiliates continued and resulted in the injury or death of security forces, terrorists, and civilians. The government did not release information on efforts to investigate or prosecute personnel for wrongful or inadvertent deaths of civilians linked to counterterrorism operations.

*Quelle: United States Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2021
<https://www.state.gov/reports/2021-country-reports-on-human-rights-practices/turkey>*

Box 6

Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International für 2021/2022

Deep flaws in the judicial system were not addressed. Opposition politicians, journalists, human rights defenders and others faced baseless investigations, prosecutions and convictions. Turkey withdrew from the Istanbul Convention. Government officials targeted LGBTI people with homophobic rhetoric. Freedom of peaceful assembly was severely curtailed. A new law unduly restricted freedom of association for civil society organizations. Serious and credible allegations of torture and other ill-treatment were made. Turkey hosted 5.2 million migrants and refugees, but thousands of asylum

seekers were denied entry. Physical attacks against refugees and migrants increased in the context of rising anti-refugee rhetoric.

Quelle: Amnesty International Report 2021/2022

<https://www.amnesty.org/en/documents/pol10/4870/2022/en/>

Box 7

Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House 2022

Bewertung für die Türkei auf einer Skala von 0 für völlig unfrei bis 100 für völlig frei:

Bürgerliche Rechte: 16/60

Politische Rechte: 16/40

Gesamtbewertung: Nicht frei (32/100)

Die Bewertung durch Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Expert:innen, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.

Box 8

Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House 2022

President Recep Tayyip Erdoğan's Justice and Development Party (AKP) has ruled Turkey since 2002. After initially passing some liberalizing reforms, the AKP government showed growing contempt for political rights and civil liberties and has pursued a wide-ranging crackdown on critics and opponents since 2016. Constitutional changes in 2017 concentrated power in the hands of the president, removing key checks and balances. While Erdoğan continues to dominate Turkish politics, a deepening economic crisis and opportunities to further consolidate political power have given the government new incentives to suppress dissent and limit public discourse.

Quelle: <https://freedomhouse.org/country/turkey/freedom-world/2022>

Kommentar

Obwohl die Türkei allen UN-Menschenrechtsabkommen beigetreten ist, werden diese in vielen Fällen nicht eingehalten. Zudem hat die Türkei die Abkommen meist vor der Unterzeichnung eingeschränkt. So merkte sie zum Beispiel zum Internationalen Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung an, dies nur bezüglich Staaten umzusetzen, zu denen sie diplomatische Beziehungen pflege. Innerhalb der Türkei soll das Abkommen nur in Gebieten angewandt werden, in denen die türkische Verfassung gilt, also nicht in den Rückzugsgebieten der PKK. Des Weiteren behält sich die Regierung ihre Zustimmung als Bedingung für Strafverfahren, in welche sie selber involviert ist, vor. Ähnliche Einschränkungen gelten für den Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte und den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte.

Die Menschenrechtslage der Türkei hat sich in den vergangenen Jahren massiv verschlechtert, insbesondere mit Blick auf die politischen Bürgerrechte. Hauptopfer waren nicht nur Kurd:innen, sondern auch Gülenist:innen und liberale Reformer. Schon im Jahr 2010 stellte „Reporter ohne Grenzen“ fest, dass eine hohe Anzahl an Journalist:innen in

der Türkei inhaftiert war. Bei den Gezi-Park-Protesten im Jahr 2013 beantwortete der Staat friedliche Demonstrationen mit übermäßiger Gewalt. Bei den folgenden, wochenlangen Demonstrationen im gesamten Land gab es tausende Verletzte und acht Menschen starben. 2014 erweiterte eine Reform die Befugnisse des türkischen Geheimdienstes (MIT). Kritische Meinungsäußerungen durch Journalist:innen und politisch aktive Bürger:innen wurden im Zuge dieser Entwicklungen zunehmend strafrechtlich verfolgt. Die Parlamentswahlen am 07. Juni 2015 brachten tiefgreifende Veränderungen: Die AKP verlor ihre absolute Mehrheit und die pro-kurdische HDP zog mit 13 Prozent in das Parlament ein. Dies führte vor dem Hintergrund der ohnehin angespannten Lage in den Friedensverhandlungen dazu, dass der Friedensprozess zwischen der türkischen Regierung und der PKK erfolglos beendet wurde (siehe: Kapitel zur inneren Lage). Ab Juli 2015 führte dies zum erneuten Ausbruch massiver Gewalt im Südosten der Türkei. Hierdurch wiederum verschlechterte sich die Bürgerrechtslage im Land weiter, insbesondere für die kurdische Bevölkerung in den südöstlichen Gebieten. Die bürgerlichen Rechte wurden durch ein sehr weit gefasstes Anti-Terror-Gesetz eingeschränkt, das primär als Grundlage für Inhaftierungen und Einschränkungen von politischen Rechten dient. Es wurde wiederholt von Folter und Vertreibungen von Kurd:innen berichtet. Im Dezember 2016 warf Amnesty International der Türkei die Vertreibung der kurdischen Bevölkerung aus dem Südosten des Landes sowie Unverhältnismäßigkeit im Kampf gegen die PKK vor. Nach dem Putschversuch vom 15./16. Juli 2016 wurde der Ausnahmezustand verhängt, seither mehrfach verlängert und erst im Juli 2018 aufgehoben. Dieser erlaubte es dem Staatspräsidenten über einen Zeitraum von zwei Jahren ohne Zustimmung des Parlamentes Dekrete zu erlassen. Außerdem wurde er als Rechtfertigung genutzt, Grundrechte wie die Versammlungs-, Presse- und Bewegungsfreiheit zusätzlich einzuschränken. Zahlreiche Journalist:innen wurden verhaftet, rund 200 Medienorgane geschlossen und Presseausweise annulliert. Diese Situation hat sich auch seit Juli 2018 nicht verbessert. Regierungskritiker:innen und Menschenrechtsaktivist:innen werden weiterhin unter Terrorverdacht gestellt und inhaftiert. Vielfach wird den Inhaftierten auf unbestimmte Zeit kein rechtliches Verfahren gewährt, sodass sie ohne Anklage in Haft verweilen. Human Rights Watch geht davon aus, dass circa 8.500 Menschen Ende 2019 wegen des Verdachts auf Verbindungen zur PKK inhaftiert waren – darunter gewählte Politiker:innen und Journalist:innen. Berichte von Folter, Misshandlung und brutaler Behandlung in militärischem und polizeilichem Gewahrsam mehren sich. So wurden beispielsweise am 26. Mai 2019 mehrere ehemalige Diplomaten gefoltert, während sie sich in Haft befanden. Der Foltervorfall wurde der Öffentlichkeit zuerst vom HDP-Abgeordneten und Menschenrechtsanwalt Ömer Faruk Gergerlioğlu mitgeteilt. Zusätzlich zu diesen Menschenrechtsverletzungen hat das erzwungene Erscheinen in der Türkei wieder zugenommen. Mehr als zwei Dutzend Menschen wurden in den letzten fünf Jahren von Regierungsvertretern entführt und verschwanden gewaltsam für viele Monate. [Human Rights Watch](#) hat 16 solcher Fälle zwischen 2017 und 2020 untersucht. Seit dem erfolgreichen Verfassungsreferendum für die Einführung eines Präsidialsystems am 16. April 2017 betonte Erdoğan wiederholt auch seine Bestrebungen, die Todesstrafe, ggf. qua Referendum, wieder einzuführen. Von den vermehrten Verhaftungen und unklaren Haftbedingungen in der Türkei sind auch ausländische, einschließlich deutscher, Staatsbürger:innen betroffen, wobei teilweise der völkerrechtlich festgelegte konsularische Zugang nicht oder mit erheblicher Verzögerung gewährt wird. Im Rahmen der COVID-19-Pandemie wurden hunderte Menschen wegen

„Panikmache“ in Posts auf Social Media inhaftiert; Human Rights Watch betont, dass einige der Posts regierungskritisch waren.

Innere Lage im Empfängerland

Box 9

Politisches System; Auszug aus dem Transformationsatlas 2022 der Bertelsmann Stiftung

The review period saw profound changes in Turkish domestic and foreign policymaking. In domestic politics, authoritarian trends in the “New Turkey” have been consolidated. After the lifting of the post-coup state of emergency in July 2018, several legal provisions that restricted fundamental rights and granted extraordinary powers to the executive were integrated into law. The rule of law has further deteriorated. The implementation of the amended constitution and the propagation of a presidential system have largely undermined fundamental aspects of a democratic system.

The establishment of two parties, DEVA (“Remedy”) and the Future Party (GP), led by two former high-ranking AKP (Justice and Development Party) politicians, Ali Babacan and Ahmet Davutoğlu, is a sign of growing dissatisfaction within the ruling party. In the absence of checks and balances, elections are the only way to hold the executive to account. However, the fairness and competitiveness of elections is increasingly questioned. Despite an unfair playing field in the local elections on March 31, 2019, opposition candidates won key municipalities, including in the re-run of the metropolitan mayoral election in Istanbul in June 2019.

Nationalism is on the rise in Turkey. This nationalist discourse is embraced not only by the ruling elite – namely the People’s Alliance, which comprises the AKP and its coalition partner, the Nationalist Movement Party (MHP) – but also by opposition parties. The polarization of Turkey into two opposing camps has continued unabatedly. President Recep Tayyip Erdoğan has pursued a non-inclusive line of governance embedded in a majoritarian understanding of democracy. The Islamization of the country by the ruling coalition has continued. Erdoğan’s decision to convert Istanbul’s Hagia Sophia into a mosque and the increasing influence of Diyanet (Directorate of Religious Affairs) in Turkish politics attest to this.

These domestic trends in turn have influenced Turkey’s foreign policy. First, Turkey is more inclined to take unilateral action in the region, as exemplified by its drilling activities in the eastern Mediterranean, and military operations in northern Syria and in Libya. These operations, launched in complete disregard for its partners, have increased tensions between Turkey, and its allies in NATO and the European Union. Second, Turkey started to use a more assertive foreign policy balancing strategy to further its interests and consolidate executive power. Flexible alignments guided by short-term interests and pragmatism have made the country an unpredictable and unreliable actor in international relations. Third, Turkey increasingly opts for the use of force, instead of diplomacy, to resolve international issues. Fourth, foreign policymaking has become less institutionalized, with the president’s palace monopolizing foreign policy decision-making. This has not only blurred the boundaries between external and domestic politics but has also rendered Turkish foreign policy incoherent and inconsistent.

Quelle: <https://atlas.bti-project.org/>

Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2021)

Im Jahresbericht 2021 von Transparency International, für den in 180 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamt:innen und Politiker:innen durchgeführt wurden, liegt die Türkei auf Platz 96 (2020: Platz 86), zusammen mit Argentinien, Brasilien, Indonesien, Lesotho und Serbien. Deutschland liegt auf Platz 10.

Quelle: <https://www.transparency.org/en/cpi/2021/table/nzl>

Spannungen und innere Konflikte

Der gewaltsamste Konflikt in der Türkei ist der Konflikt mit Kurd:innen, der seit über 35 Jahren besteht und über 40.000 Todesopfer forderte. Im Zuge einer strengen Assimilierungspolitik des Staates wurde das kurdische Volk in der Türkei seit dem Ende des Osmanischen Reiches nie als solches anerkannt. Die kurdische Sprache und Kultur wurden lange Zeit verboten und es wurde eine teils gewaltvolle Umsiedlungspolitik durchgeführt, um eine quantitative Dominanz von Kurd:innen im Südosten der Türkei zu verhindern. Hierzu sollen auch deutsche Rüstungsgüter beigetragen haben: Im Jahr 1993 berichtete die deutsche Botschaft, dass BTR-60-Schützenpanzer aus ehemaligen NVA-Beständen im kurdisch geprägten Cizre eingesetzt wurden, was allerdings nicht abschließend bewiesen werden konnte. 2004 wurden Aufnahmen veröffentlicht, welche den Einsatz von in den 1990er Jahren an die Türkei gelieferten deutschen Panzern des Typs BTR-60 im kurdisch geprägten Sirnak in der Türkei zeigen. Die Lieferung dieser Schützenpanzer war eigentlich an ein Abkommen gebunden, welches den Einsatz in innertürkischen Konflikten ausschloss. Bereits 1995 waren ähnliche Aufnahmen veröffentlicht worden. Auch eine Verwendung von Scharfschützengewehre der Typen SSG508, SSG04 und HK G28 gegen Kurd:innen kann die Bundesregierung nicht ausschließen, da diese ohne Auflagen bezüglich des Einsatzes innerhalb der Türkei aus Deutschland exportiert wurden. Auch für weitere Waffen und die Produktion von Waffen unter deutscher Lizenz lag keine derartige Auflage vor.

Die PKK gründete sich 1978 und nahm mit einer gewaltsamen Guerillastrategie den Kampf gegen den türkischen Staat auf. Während sie zunächst das Ziel eines kurdischen Staates verfolgte, rief der PKK-Vorsitzende Abdullah Öcalan 1999 im Anschluss an seine Inhaftierung zu einer ideologischen und strategischen Wende auf. Seither strebt die PKK nach einer zivil-politischen Etablierung und nach kurdischen (Autonomie-)Rechten statt nach einem eigenen Nationalstaat. 2009 bis 2011 wurde unter Recep Tayyip Erdoğan zunächst eine „kurdische Öffnung“ begonnen. Ein offizieller Friedensprozess wurde 2013 eingeleitet, stockte jedoch trotz zahlreicher Verhandlungsrunden. Gründe hierfür waren zum einen das erhebliche Misstrauen zwischen Regierung und Akteuren der kurdischen Bewegung und der Vorwurf an die jeweils andere Seite, nicht ausreichend Kompromisse einzugehen. Zum anderen bewirkten die parallel stattfindenden Entwicklungen im Syrienkrieg seit 2011, wo die PKK-Schwesterpartei PYD seither Autonomiestrukturen festigte sowie das Machtstreben des türkischen Präsidenten Erdogan im Zuge der Wahlen von 2015 das Ende der Verhandlungen. Im Sommer 2015 eskalierte der Konflikt nach den Wahlen erneut. Die HDP hatte mit großem Erfolg den Einzug ins Parlament geschafft, die AKP spekulierte auf Neuwahlen, welche schließlich am 01. November 2015 durchgeführt wurden und die AKP die absolute Mehrheit zurückgewinnen ließen. Die Zwischenmonate waren geprägt von Terroranschlägen wie dem Anschlag von Suruç am 20. Juli 2015, als

ein Selbstmordattentat eine kurdische Versammlung traf und 34 Menschen tötete. Im Oktober desselben Jahres wurden bei einem weiteren Bombenanschlag in der türkischen Hauptstadt Ankara mindestens 95 Menschen getötet und mehr als 200 verletzt. Für den Anschlag, zu dem sich der IS bekannt hatte, wies die PKK der türkischen Regierung eine Mitschuld zu und attackierte daraufhin türkische Sicherheitskräfte. Im Anschluss eskalierte die Gewalt, wobei sich die Kämpfe bis heute auch auf syrisches und irakisches Territorium ausdehnen. Während es beizeiten zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen dem türkischen Militär und der PKK im Osten und Südosten des Landes kommt, liegt der Fokus der türkischen Regierung auf der kurdischen Region im Irak, wo das türkische Militär regelmäßig grenzüberschreitende Operationen und Luftschläge durchführt, bei denen immer wieder Zivilist:innen verletzt oder getötet werden. Human Rights Watch [berichtet](#), dass der türkische Luftangriff die Verluste in der Zivilbevölkerung nicht berücksichtigt.

Als politische Partei etablierte sich seit 2012 die pro-kurdische Oppositionspartei HDP (Halkların Demokratik Partisi, deutsch: Demokratische Partei der Völker). Sie vermittelte im Friedensprozess zwischen der PKK und der türkischen Regierung, wurde jedoch nach der Aufkündigung des Friedensprozesses mit der PKK durch die Regierung zunehmend kriminalisiert und als politischer Arm der PKK dargestellt. Auf Grundlage des Anti-Terrorismusgesetzes wurde im Mai 2016 die Immunität von 50 der 59 HDP-Abgeordneten im Parlament aufgehoben. Die Co-Vorsitzenden der HDP sitzen gegenwärtig in Haft, weil ihnen die Führung einer terroristischen Vereinigung sowie Propaganda für die PKK vorgeworfen wird.

Am 16. April 2017 stimmte die Bevölkerung dem offiziellen Wahlergebnis zufolge mit einer knappen Mehrheit in einem Verfassungsreferendum für die Einführung eines Präsidialsystems, das den:die Präsident:in mit sehr umfangreichen Rechten ausstattet. Diese Machtkonzentration treibt die Spaltung der türkischen Gesellschaft voran. Sie vertieft die Gräben zwischen Anhänger:innen der islamisch-konservativ geprägten AKP und allen anderen politischen und gesellschaftlichen Oppositionsgruppen einschließlich den Anhänger:innen der kemalistischen Ideologie, die sich auf das laizistisch-nationale Erbe Kemal Atatürks berufen und den liberalen Demokraten, den Kurden und den Anhänger:innen von Gülen. Auch die Konflikte innerhalb des islamisch-konservativen Lagers zwischen den Anhänger:innen Erdoğan's und jenen der Gülen-Bewegung, die insbesondere seit dem vereitelten Militärputsch vom Juli 2016 zunehmend von der Regierung unter Druck gesetzt werden, nehmen zu.

Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

Geographische Lage

Drei Prozent des Staatsgebiets der Türkei werden geographisch zu Europa gezählt, der Rest zu Asien. Die Türkei verbindet die Regionen Südosteuropa, den Kaukasus und den Nahen Osten. Aufgrund dieser Lage wird die Türkei immer wieder als Energiekorridor für Europa gehandelt, allgemein fungiert sie politisch und in der Handelspolitik als Verbindungsglied zwischen Europa und dem Nahen Osten.

Auf dem Land grenzt die Türkei an Armenien, Bulgarien, Georgien, Griechenland, Irak, Iran und Syrien. Im Schwarzen Meer kommen Seegrenzen zu Rumänien, Russland und der Ukraine hinzu.

Politische Situation in der Region

Die politische Situation in der Region ist erheblich angespannt. Mit Syrien und dem Irak grenzt die Türkei im Süden an zwei Länder, in denen seit Jahren Krieg herrscht. Durch ihre geographische Nähe ist die Türkei stark von den gewaltsamen Konflikten in diesen beiden Ländern betroffen und auch aktiv in die Kriegseignisse involviert. In Syrien bekämpfen eine Vielzahl bewaffneter Oppositionsgruppen das Regime von Staatspräsident Assad. Viele dieser Gruppen setzen sich aus Freiwilligen und desertierten Soldat:innen zusammen, einige sind als radikal-islamistische Gruppen zu bezeichnen. Anhänger:innen und Splittergruppen des Terrornetzwerkes Al-Qaida sind ebenso in die bewaffneten Auseinandersetzungen involviert wie der IS. Neben kurdischen Kämpfer:innen der YPG sind unter anderem die Hisbollah aus dem Libanon und schiitische Milizenverbände aus Irak und unter iranischem Kommando aktiv. Auf allen Seiten ist eine Vielzahl an staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren als Waffenlieferanten und Unterstützer tätig, weshalb der Krieg in Syrien auch als Stellvertreterkrieg bezeichnet wird: Während das Assad-Regime insbesondere von Russland, Iran, Irak und durch die Hisbollah unterstützt wird, leisten unter anderem die USA, die Golfstaaten und Frankreich diversen Gruppen von Rebell:innen Beistand. Die Türkei hat aufgehört, eine transformative Rolle mit erheblichem Einfluss auf das Regime in Damaskus zu spielen, und unterstützt nun offen die syrische Opposition - zunächst logistisch (d. h. durch die Aufnahme von Flüchtlingen und Kämpfern), aber allmählich auch de facto als Teil des syrischen Bürgerkriegs. Schon 2014 wurde bekannt, dass auch die Türkei Rebell:innen ausbildet und ausrüstet, deren Gruppen unter wechselnden Bezeichnungen agieren und grob als Einheiten der Turkish-backed FSA (TFSA) bekannt sind. Seit August 2016 unterstützt das türkische Militär offiziell oppositionelle Gruppen im Kampf gegen Assad, nutzt diesen Einsatz aber auch, um die kurdischen Einflussgebiete in Nordsyrien einzuschränken. Medienberichten zufolge wurden hier bereits mehrfach deutsche Leopard-Panzer im Kampf eingesetzt (siehe Kapitel „Deutsche Rüstungsexporte“). Dabei geht es um die im Zuge des Syrienkrieges durch die kurdische Partei PYD, eine Schwesterpartei der PKK, ausgerufenen Autonomiegebiete im Norden des Landes, die an die Türkei grenzen. Die Türkei erkennt diese Gebiete nicht an und stuft die PYD ebenso wie die PKK als Terrororganisationen ein. Die Türkei geht militärisch gegen die bewaffneten Akteure der PYD – die YPG – vor und griff im Rahmen der Operation Euphrat Shield mehrfach Dörfer und Zivilist:innen in der Autonomiezone an, zuletzt mit der großangelegten Militäroperation „Olivenzweig“ in Afrin. Die Verbündeten der USA, zu denen die kurdische YPG-Miliz im Milizenverbund Syrian Democratic Forces (SDF) gehört, werden demnach durch den NATO-Partner Türkei bekämpft. Der [wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages](#) urteilten bezüglich der Operation Olivenzweig, dass selbst bei großzügiger Auslegung des Selbstverteidigungsrechts eine akute Selbstverteidigungslage im Sinne des Art. 51 VN-Charta zugunsten der Türkei nicht zu erkennen sei. Auch Deutschland ist am Kampf gegen den IS beteiligt und dadurch indirekt in den syrischen Gewaltkonflikt involviert. Deutschland stellt Tornado-Aufklärungsflugzeuge und Tankflugzeuge für Luft-Luft-Betankungen von Kampfflugzeugen der Operation Inherent Resolve bereit und ist mit Personal in Stäben und Hauptquartieren sowie an Bord von

AWACS-Luftüberwachungsflugzeugen der NATO am Kampf gegen den IS beteiligt. Dem Krieg in Syrien sind Schätzungen zufolge bislang rund 500.000 Menschen zum Opfer gefallen. Das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR hat über 5,6 Millionen Geflüchtete alleine in den umliegenden Nachbarländern Jordanien, Libanon, Irak, Türkei und in Nordafrika registriert. Allein in der Türkei befinden sich fast vier Millionen syrische Geflüchtete, mehr als in jedem anderen Land. Rund sieben Millionen Menschen sind zudem innerhalb Syriens vertrieben.

Auch der Irak ist stark vom Konflikt im Nachbarstaat Syrien betroffen. Im Jahr 2014 nahm der IS weite Teile des Nord- und Westiraks ein. Neben rund 4,4 Millionen Binnenvertriebenen im Irak hat insbesondere die Autonomieregion Kurdistan im Irak Geflüchtete aus Syrien aufgenommen. Der Irak ist infolge des mehrjährigen Kampfes gegen den sogenannten IS durch eine noch stärker fragmentierte Milizenlandschaft geprägt als vor 2014. Dabei dominieren vor allem zahlreiche teils mit der Regierung in Verbindung stehende schiitische Milizen sowie unterschiedliche sunnitische und kurdische Gruppen. Konflikte werden immer wieder gewaltsam ausgetragen. Im Nordirak ist die Region Kurdistan als ein offiziell durch die irakische Verfassung anerkanntes Autonomiegebiet etabliert, was unter anderem aufgrund dortiger bedeutender Ölreserven immer wieder zu Interessenskonflikten führt. Die Türkei gilt als wichtigster Ölabnehmer der Region. Am 25. September 2017 hielt die kurdische Autonomieregierung ein Referendum ab, in dem die Bevölkerung für die Unabhängigkeit der Autonomieregion sowie der sogenannten „umstrittenen Gebiete“ stimmte, die von den Peschmerga gegen den IS verteidigt, aber ebenso von der irakischen Zentralregierung beansprucht werden. Am 15. Oktober 2017 startete die irakische Zentralregierung daraufhin eine militärische Offensive und eroberte große Teile der umstrittenen Gebiete zurück. Das Jahr 2018 war von den Parlamentswahlen im Mai und der anhaltenden Regierungsbildung sowie massiven Protesten in der Region Basra gezeichnet. In den Unruhen bringen die Iraker:innen vor allem ihre Unzufriedenheit über die politische Führung, die Korruption, Arbeitsmarktsituation und schlechte Versorgung mit staatlichen Dienstleistungen (Strom, Trinkwasser) zum Ausdruck. Die Lage im Land bleibt äußerst fragil.

Im Nachbarland Armenien sind 2020 in der zwischen Armenien und Aserbaidschan umstrittenen Region Bergkarabach wieder Kampfhandlungen ausgebrochen. Die Türkei unterstützte dabei Aserbaidschan; vornehmlich mit Drohnen aus türkischer Produktion aber auch in Form von türkischen Militärberater:innen sowie syrischen Söldner:innen. Nicht zuletzt wegen dieser Unterstützung unterlag Armenien und musste die Kontrolle über die Provinz an Aserbaidschan abtreten.

Grenzkonflikte

Der Grenzverlauf zwischen der Türkei und Griechenland ist nicht abschließend geklärt. Trotzdem hat sich die Beziehung der beiden Staaten in den letzten Jahren eher nachbarschaftlich-kooperativ gestaltet. 2017 kam es jedoch wieder vermehrt zu sogenannten „Dogfights“, einem Kräftemessen zwischen türkischen und griechischen Kampfflugzeugen im Luftraum der umstrittenen Grenzgebiete. Der Türkei wird dabei eine vermehrte Überschreitung der Luft- und Seegrenzen vorgeworfen. Auch nahmen türkische Unternehmen Probebohrungen in den umstrittenen Gasfeldern vor der zyprischen Küste vor. Als Reaktion darauf einigten sich die EU-Mitgliedsstaaten im Oktober 2019 auf einen rechtlichen Rahmen, um zukünftig Sanktionen gegen Organisationen, Firmen und

Einzelpersonen zu verhängen, die sich an den illegalen Bohrungen beteiligen. 2020 verschärften sich Spannungen zwischen der Türkei, Griechenland und Zypern, als ein türkisches Forschungsschiff begleitet von Fregatten und Korvetten auf der Suche nach Erdgas durch Seegebiete im östlichen Mittelmeer gefahren ist, die von Griechenland und Zypern als ihre Außerordentlichen Wirtschaftszonen beansprucht werden, die die Türkei aber ebenfalls als Teil ihres eigenen Festlandssockels betrachtet. Nach der Rückkehr der Schiffe beruhigte sich die Lage schließlich wieder.

Zypern ist de facto geteilt, die Türkei besetzt den Nordteil mit circa 43.000 Soldat:innen und betrachtet diesen als den eigenständigen Staat „Türkische Republik Nordzypern“. Völkerrechtlich wird die „Republik Zypern“ als souveräner ungeteilter Staat Zypern anerkannt. Die im Januar 2017 wiederaufgenommenen Friedensgespräche scheiterten im Juli desselben Jahres. Zwischen Armenien und der Türkei besteht kein Grenzkonflikt, allerdings sind die Beziehungen historisch und politisch schwer belastet. Streitpunkt ist unter anderem die Weigerung der Türkei, den von Armenien erhobenen Vorwurf des Völkermords an den Armenier:innen im Osmanischen Reich in den Jahren 1915 und 1916 anzuerkennen. Die 2009 angestrebte Entwicklung diplomatischer Beziehungen zwischen den beiden Staaten ruht de facto. Grund hierfür ist die nachträgliche türkische Konditionalisierung der Ratifizierung der Protokolle an Fortschritte im Konflikt um die Region Bergkarabach, die zwischen Aserbaidschan und Armenien umstritten ist. In diesem Konflikt unterstützt die Türkei Aserbaidschan.

Die irakisch-türkische Grenze ist ebenfalls ein Brennpunkt. Seit der Aufkündigung des Friedensprozesses mit der PKK 2015 (siehe oben) fliegt die türkische Luftwaffe wiederholt Angriffe auf mutmaßliche Stellungen der PKK in der Türkei und im Nordirak, wo sich das Hauptlager der PKK in den Qandil-Bergen befindet. Im September 2015 überquerten erstmals seit 2011 auch türkische Bodentruppen die Grenze zum Irak, um gegen die PKK vorzugehen. Die türkische Regierung pflegt gute und bedeutende ökonomische Beziehungen zur kurdischen Regionalregierung (KRG). Diese Tatsache, im Zusammenspiel mit dem gemeinsamen Interesse an einer Schwächung der PKK, führt zu einer Akzeptanz des Autonomiegebietes durch die Türkei. Die Unabhängigkeitsbestrebungen der nordirakischen Kurd:innen lehnt die Türkei jedoch strikt ab, wie im Zuge des kurdischen Unabhängigkeitsreferendums von September 2017 erneut deutlich wurde.

Regionale Rüstungskontrolle

Die Türkei ist als NATO-Land Mitgliedsstaat des Vertrags über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE). Der Vertrag entstand im November 1990 vor dem Hintergrund des Endes des Kalten Krieges und legt Obergrenzen für die Anzahl schwerer Waffensysteme, welche im Vertragsgebiet stationiert werden dürfen, fest. In Folge der Unterzeichnung wurden in den teilnehmenden Staaten mehr als 50.000 Waffensysteme zerstört. Insbesondere durch den Austritt Russlands aus dem Vertragsverbund im Jahr 2007 wird die Wirksamkeit des KSE-Vertrages in Frage gestellt. Im Rahmen der OSZE unterzeichnete die Türkei das Wiener Dokument, welches zuletzt 2011 aktualisiert wurde. Es sieht vertrauensbildende Maßnahmen bezüglich der Verwirklichung von Abrüstung sowie militärische Transparenz vor. Im Rahmen des Dayton-Friedensabkommens vom 21. November 1995 über den Friedensschluss zwischen den Kriegsparteien im ehemaligen Jugoslawien wurde ein politisch verbindliches abschließendes Dokument beschlossen, an dem auch die Türkei teilnimmt.

Das ursprüngliche Ziel eines regionalen Rüstungskontrollabkommens scheiterte aber, sodass das Dokument lediglich vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen zwischen den Staaten der Balkanregion und deren Nachbarn auf freiwilliger Basis ermöglicht. In den vergangenen Jahrzehnten gab es zahlreiche Versuche, regionale Rüstungskontrollmechanismen im Nahen und Mittleren Osten zu etablieren. Sie sind jedoch immer wieder an den zahlreichen Konflikten in der Region, zuvorderst dem arabisch-israelischen Konflikt, gescheitert. Die Abwesenheit von Frieden in der Region ist für viele Staaten eines der wesentlichen Hindernisse, in Beratungen über regionale Rüstungskontrollen und Verhandlungen über eine Massenvernichtungswaffenfreie Zone im Nahen und Mittleren Osten einzusteigen. Bis heute konnten sich die Staaten des Nahen und Mittleren Ostens nicht auf regionale Rüstungskontrollabkommen zur Regulierung von Massenvernichtungswaffen und konventionellen Waffen einigen.

Bedrohung von Alliierten

Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

Die Türkei ist seit 1952 Mitglied der NATO. Infolgedessen sind Streitkräfte aus anderen NATO-Staaten auf türkischem Boden stationiert. So hat die NATO durch die USA, die Niederlande und Deutschland auf Wunsch der Türkei ab 2012 Patriot-Flugabwehrsysteme zur Verfügung gestellt (Operation Active Fence), um den türkischen Luftraum an der Grenze zu Syrien vor möglichen Raketenangriffen zu schützen. Die deutsche Beteiligung lief 2016 aus. Im Juni 2016 ersetzte Italien die deutschen Patriots durch SAMP/T-Flugabwehrraketen. Bereits Anfang 2015 hatte Spanien die Niederlande in der NATO-Operation abgelöst. Die USA zog ihre Patriots ebenfalls 2016 ab. NATO-Flugzeuge sind als Teil der Anti-IS-Operation Inherent Resolve, welche in Syrien und im Irak aktiv ist, am Luftwaffenstützpunkt Incirlik stationiert. In diesem Rahmen hatte Dänemark 110 Soldat:innen und sieben Mehrzweckkampfflugzeuge des Typs F-16AM in der Türkei stationiert. Anfang 2016 stationierte auch die Bundeswehr Tornado-Aufklärungsmaschinen und ein Tankflugzeug in Incirlik. Nachdem die Türkei deutschen Bundestagsabgeordneten einen Besuch der dort stationierten Soldat:innen nicht erlaubte, wurden der Abzug der 250 deutschen Soldat:innen und eine Verlegung nach Jordanien beschlossen. Incirlik wird bzw. wurde von den USA als Basis für Versorgungszwecke der US-amerikanischen Streitkräfte im Irak und in Afghanistan genutzt, seit Juli 2015 auch für Luftangriffe auf den IS in Syrien. Seit Oktober 2016 werden von der Türkei aus auch Aufklärungsflüge mit AWACS-Maschinen der NATO geflogen, welche aber ausdrücklich nicht an Kampfeinsätzen beteiligt werden sollen. In der Türkei waren Soldat:innen der Bundeswehr auf dem Luftwaffenstützpunkt Konya stationiert. Von dort starteten NATO AWACS Flüge mit deutscher Beteiligung.

Seit 2014 unterstützte die deutsche Bundesregierung die kurdischen Peschmerga-Truppen der Regierung der Autonomen Region Kurdistan (KRG) im Kampf gegen den IS mit Waffenlieferungen aus Bundeswehrbeständen und Ausbildungsmaßnahmen. Im Zeitraum von 2014 bis 2016 wurden unter anderem 15.000 Sturmgewehre, 60 MILAN Panzerabwehrwaffen (inklusive 1.200 Lenkflugkörper), Panzerfäuste, Handgranaten und mehrere tausend Schuss Munition aus Deutschland geliefert. Das aktuelle Mandat sieht nicht länger den Schwerpunkt in der Ausbildung der kurdischen Peschmerga, sondern

den Fähigkeitsausbau der irakischen Streit- und Sicherheitskräfte mit dem Schwerpunkt der Ausbildung von Ausbilder:innen vor. Die Personalobergrenze für den Einsatz liegt bei 500 Soldat:innen.

Des Weiteren sind in Griechenland rund 400 US-Soldat:innen stationiert.

Gefahr von Technologiepiraterie

Laut einer Studie der Business Software Alliance (BSA) betrug die Piraterie-Rate von Software in der Türkei 56 Prozent im Jahre 2017 und ist damit im Vergleich zu 2015 um zwei Prozentpunkte gefallen. Im Vergleich zu anderen Staaten der Region „Mittlerer Osten/Afrika“, befindet sich die Türkei im Mittelfeld. Der aus der Technologiepiraterie entstandene wirtschaftliche Schaden belief sich nach BSA Angaben im Jahr 2017 auf geschätzte 208 Millionen US-Dollar und ist damit gegenüber 2015 (291 Mio. USD) gesunken.

Quelle: Business Software Alliance (BSA), Global Software Study 2018

Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

Tabelle 13

Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Unterdrückung von Flugzeugentführungen von 1971	Beigetreten	http://www.icao.int
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten von 1977	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen von 1983	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials von 1987	Beigetreten	http://www.iaea.org
Konventionen zur Markierung von Plastiksprengstoff von 1998	Beigetreten (mit Einschränkung)	http://www.icao.int
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge von 2001	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen von 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus von 2007	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Die Türkei ist allen wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen beigetreten. Insbesondere die Jahre 2015 und 2016 waren von einer hohen Anzahl von Terroranschlägen geprägt. Diese wurden teilweise der PKK, teilweise dem IS zugeschrieben. Die türkische Grenze spielte lange sowohl bei der Versorgung des IS mit Nahrungsmitteln als auch bei Öltransporten zur Finanzierung der Terrororganisation sowie den Transit von Freiwilligen aus dem Ausland eine wichtige Rolle. Dies brachte der Türkei den Vorwurf ein, indirekte und

auch direkte Hilfe für den IS zu leisten, da eine Stärkung des IS eine Schwächung Assads bedeute. Internationale Kritik, zunehmende Anschläge der Terrorgruppe in der Türkei selbst und die erneute Eskalation des Kampfes gegen die PKK haben die Türkei jedoch seit 2016 dazu veranlasst, die Grenze verstärkt zu kontrollieren. Zudem gibt es Hinweise darauf, dass der türkische Geheimdienst MIT Waffen an Rebell:innen in Syrien lieferte. Unter den Empfängergruppen soll auch die islamistische Al-Nusra-Front gewesen sein. Auch bezüglich Libyens besteht der Verdacht, dass die Türkei islamistische Milizen im Westen Libyens mit Waffen versorgte. Die Rolle Ankaras bei der Unterstützung von islamistischen Gruppen führte bereits früh zu Verstimmungen mit anderen Nato-Partnern. So warnte der damalige US-Präsident Obama bereits im Mai 2013 den Leiter des türkischen Geheimdienstes MIT, Hakan Fidan, davor, wahllos Kämpfer und Waffen an die antiwestlichen Rebellen in Syrien zu liefern.

Internationale Kriminalität

Tabelle 14

Beitritt zu internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen Transnationale Organisierte Kriminalität von 2003	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel (2003)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (b) gegen den Schmuggel von Auswanderern (2004)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen (2005)	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Die Türkei hat sich zu einem strategisch bedeutenden Transitland für Schmuggler:innen und kriminelle Händler:innen zwischen Asien und Europa entwickelt, was insbesondere seit dem sogenannten Arabischen Frühling auch für Waffen gilt. So gab die Türkei beispielsweise im Sommer 2011 an, Waffenlieferungen aus dem Iran an das Regime in Syrien abgefangen zu haben. Im April 2013 wurden auf einem Schiff, welches Libyen ansteuern sollte, fast 1.000 Repetierflinten und mehr als 400 Handfeuerwaffen entdeckt. Diese und weitere Funde zeigen eine Tendenz des zunehmenden Waffenhandels nach Syrien und Libyen, wo seit Ausbruch des Krieges die Nachfrage gestiegen ist. Zudem ist die Türkei sowohl Zielregion als auch ein Ursprungsland von Menschenhandel. Insbesondere aufgrund ihrer geographischen Lage ist die Türkei auch Transitland für Opium aus Afghanistan. So sollen ca. 80 Prozent des in Großbritannien konsumierten Heroins über die Türkei kommen. Nach Angaben des türkischen Außenministeriums machen Beschlagnahmungen von Heroin durch die türkische Polizei 20 Prozent der weltweiten Konfiszierungen aus. Nach den Korruptionsskandalen Ende 2013 sowie dem Putsch wurden die Fähigkeit der Strafverfolgungsbehörden wirksam gegen gut entwickelte kriminelle Netzwerke

in der Region vorzugehen jedoch deutlich geschwächt, da ganze Einheiten zum Kampf gegen organisierte Kriminalität aufgelöst wurden. Ebenso wurden viele Mitglieder der Justiz entlassen.

Tabelle 15

Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen

Abkommen	Status	Quelle
Völkermord-Konvention von 1951	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Genfer Konvention zum Schutz von Zivilisten in Kriegszeiten von 1950	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Zusatzprotokolle zur Genfer Konvention von 1950 zum Schutz von Opfern in bewaffneten Konflikten von 1978	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Internationaler Strafgerichtshof (Römisches Statut) von 2002	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org
Anti-Korruptions-Konvention von 2005	Beigetreten	http://treaties.un.org

UN-Berichterstattung

Die Türkei berichtet über ihre Waffentransfers in regelmäßigen Abständen an das UN-Waffenregister, mit Ausnahme weniger Jahre. Im Rahmen des Instruments zur Berichterstattung über Militärausgaben übermittelte es ebenso in den meisten Jahren Informationen an die UN, zumindest in der Vereinfachten Berichtsform.

Da es den Arms Trade Treaty noch nicht ratifiziert hat, hat es entsprechend noch keinen Initialbericht eingereicht. Im Rahmen des Programme of Action on small arms and light weapons berichtet es ebenso in mehr oder weniger regelmäßigen Abständen.

Unerlaubte Wiederausfuhr

2016 erhärtete sich der Verdacht, dass die Türkei islamistische Milizen im Westen Libyens mit Waffen versorgt. Ob dabei auch importierte Güter unerlaubt weitergegeben wurden, ist unklar. Am 19. Januar 2014 wurden drei LKWs des Geheimdienstes MIT auf ihrem Weg nach Syrien gestoppt. Sie sollen mit Waffen (Raketen, Mörser, Artilleriegeschosse, Maschinengewehrpatronen und Munition) beladen gewesen sein. Im Januar 2015 veröffentlichte eine Gruppe von Hacker:innen unter Verschluss gehaltene Protokolle des diesbezüglichen Polizeieinsatzes. Daraus geht hervor, dass der Geheimdienst gegen die Durchsuchung durch die Polizei protestierte und sie unter Verweis auf den Auftrag des Präsidenten von der Weiterfahrt überzeugten. Laut der oppositionellen Tageszeitung *Cumhuriyet*, sollten die Waffen und die Munition in den LKWs an Rebellen geliefert werden, die gegen den syrischen Präsidenten Bashar al-Assad kämpfen. Can Dundar, der Chefredakteur, und Erdem Gul, der Büroleiter der Zeitung in Ankara, wurden daraufhin der Spionage und der "Weitergabe von Staatsgeheimnissen" beschuldigt. Die im Mai (2015) veröffentlichten Enthüllungen lösten einen politischen Sturm in der Türkei aus.

Erdoğan stellte die Lieferungen zunächst als Hilfsgüter für Turkmen:innen dar, später als Staatsgeheimnis. Auf turkmenischer Seite wurde verneint, entsprechende Hilfsgüter erhalten zu haben. Bezüglich dieses Themas wurde von den türkischen Behörden eine Nachrichtensperre verhängt. Auch wenn die Bundesregierung betont, keine Erkenntnisse über die mögliche Weitergabe deutscher Waffen durch die Türkei zu haben, wurden immer wieder Anträge zu Rüstungsexporten durch die Bundesregierung mit Verweis auf das Kriterium „Risiko der Abzweigung von Militärtechnologie oder Militärgütern im Käuferland oder der Wiederausfuhr von Militärgütern unter unerwünschten Bedingungen“ abgelehnt.

Auch im Jahre 2019 wurden libysche Milizen und Regierungstruppen von Premier Fayez Sarraj – trotz bestehenden Waffenembargos der Vereinten Nationen – mit Waffen und Munition aus der Türkei beliefert. Auch diverse syrische Rebell:innengruppen, die derzeit unter dem von türkischer Seite forcierten Truppenverbund der Syrian National Army im Norden des Landes gegen die kurdische YPG kämpfen, wurden von türkischer Seite nachweislich mit diversen Klein- und Großwaffensystemen ausgestattet. Nachdem die FSA im Oktober 2019 in die größere Syrische Nationalarmee (SNA) übergang, wurde auch diese von Ankara unterstützt.

Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

Box 10

Auszug aus dem Transformationsatlas 2022 der Bertelsmann Stiftung

On the doorstep of its 100th anniversary in 2023, the Republic of Turkey faces three major problems: the consolidation of authoritarianism, economic vulnerability and an increasingly conflictual foreign policy. [...]

The coronavirus pandemic has aggravated these structural problems and imbalances in the Turkish economy. Although the government's initial response to the pandemic was appropriate in order to cushion the economic impact of the pandemic, institutional weaknesses have constrained these measures. The erosion of the rule of law and the lack of independence of economic administration continue to negatively affect Turkey's economy.

Quelle: <https://atlas.bti-project.org/>

Tabelle 16

Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP/GDP (in%)

	2017	2018	2019	2020	2021
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	13762	17467	18568	17478	16709
Militärausgaben/BIP	2,1	2,5	2,7	2,4	2,1
Gesundheitsausgaben/BIP	4,2	4,1	4,3	-	-

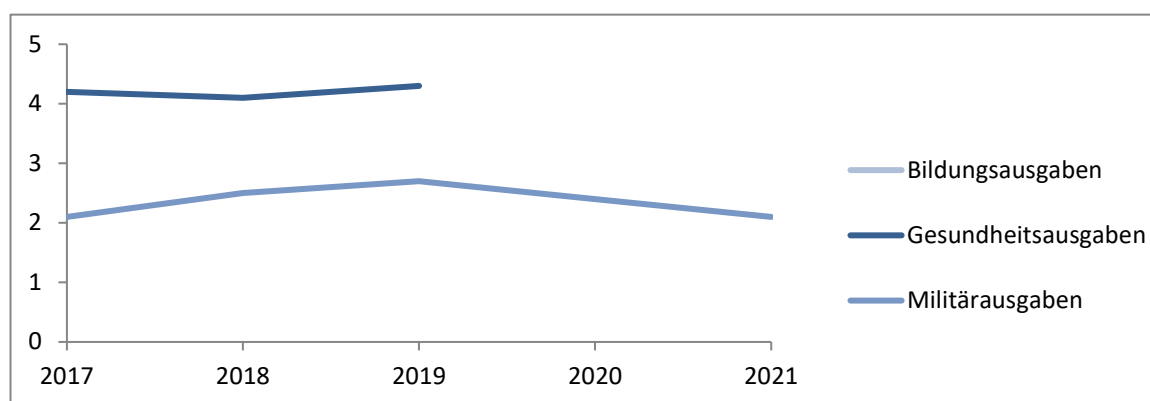
	2017	2018	2019	2020	2021
Bildungsausgaben/BIP	-	4,3	-	-	-

Angaben in konstanten Preisen mit 2020 als Basisjahr.

Quellen: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

Schaubild 5

Entwicklung Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP/GDP in Prozent



Quellen: SIPRI Military Expenditure Database (Militärausgaben); World Bank Data (World Development Indicators)

Tabelle 17

Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe

	2016	2017	2018	2019	2020
Auslandsverschuldung	409421	456562	445973	440773	435889
Anteil am BIP (in Prozent)	47,1	53,2	57,2	57,9	60,6
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA)*	896,55	1489,81	687,01	520,5	-
Net ODA (% of GNI)*	0,1	0,17	0,09	0,07	-
Deutsche ODA Zahlungen*	257,12	532,67	235,39	279,72	-

Angaben in aktuellen Preisen (Mio.) (Auslandsverschuldung); ODA in konstanten Mio. US\$ (2019); Net ODA (% of GNI) in aktuellen Preisen; Deutsche ODA Zahlungen in konstanten Mio. US\$ (2019).

Quelle: Weltbank, IMF, OECD*

Tabelle 18

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung

	2017	2018	2019	2020	2021
Militarisierungswert	206,1	218,0	221,5	216,9	208,5
Index-Platzierung	30	20	21	24	27

Tabelle 19

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten

		2017	2018	2019	2020	2021
Armenien	Militarisierungswert	290,5	300,5	306,8	308,9	297,4
	Index-Platzierung	8	6	3	3	3
Aserbaid- schan	Militarisierungswert	260,1	259,7	261,8	283,4	278,2
	Index-Platzierung	15	15	14	10	12
Bulgarien	Militarisierungswert	139,0	146,6	186,8	154,5	156,2
	Index-Platzierung	76	69	40	67	61
Georgien	Militarisierungswert	188,9	186,1	183,4	186,4	185,6
	Index-Platzierung	43	42	43	43	47
Griechen- land	Militarisierungswert	269,3	271,7	269,6	269,5	286,6
	Index-Platzierung	13	11	12	13	7
Irak	Militarisierungswert	222,8	206,8	223,3	220,1	210,2
	Index-Platzierung	20	26	20	22	26
Iran	Militarisierungswert	208,4	192,4	190,8	191,4	193,7
	Index-Platzierung	29	35	37	38	37
Syrien	Militarisierungswert	-	-	-	-	-
	Index-Platzierung	-	-	-	-	-

Quelle: Global Militarization Index (GMI) – Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC)

Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2022.

<https://gmi.bicc.de/ranking-table>

Tabelle 20

Militärausgaben der Nachbarstaaten absolut und am BIP in Prozent

		2017	2018	2019	2020	2021
Armenien	Militärausgaben (absolut)	464	524	653	634	601
	Militärausgaben/BIP	3,8	4,1	4,8	5,0	4,4
Aserbaid- schan	Militärausgaben (absolut)	1676	1763	1905	2238	2589
	Militärausgaben/BIP	3,8	3,6	3,9	5,4	5,3
Bulgarien	Militärausgaben (absolut)	788	973	2235	1074	1154
	Militärausgaben/BIP	1,2	1,5	3,1	1,5	1,6
Georgien	Militärausgaben (absolut)	294	302	298	288	288
	Militärausgaben/BIP	2,0	1,9	1,7	1,8	1,7
Griechen- land	Militärausgaben (absolut)	5150	5504	5501	5301	7744
	Militärausgaben/BIP	2,6	2,7	2,7	2,8	3,9
Irak	Militärausgaben (absolut)	7386	6274	7605	5649	5359
	Militärausgaben/BIP	3,9	2,9	3,4	3,3	2,3
Iran	Militärausgaben (absolut)	23488	19871	16317	15825	17575
	Militärausgaben/BIP	3,1	2,5	2,1	2,2	2,3
Syrien	Militärausgaben (absolut)	-	-	-	-	-
	Militärausgaben/BIP	-	-	-	-	-

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2020). Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Tabelle 21

Human Development Index (HDI)

	2017	2018	2019	2020	2021
HDI-Wert	0,833	0,839	0,842	0,833	0,838

Quelle: <https://hdr.undp.org/data-center/country-insights#/ranks>

Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe) und 0 (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen.

Kommentar

Die Türkei wird vom Human Development Index 2022 auf Platz 48 von 191 eingestuft. Beim Bertelsmann Transformation Index 2022 liegt die Türkei auf Platz 63 von 137, beim Global Competitive Index 2019 auf Platz 61. Nachdem die Türkei im letzten Jahrzehnt ein relativ konstantes Wirtschaftswachstum verzeichnen konnte, sank das BIP seit 2013 und konnte erst seit 2020 wieder eine positive Entwicklung aufzeigen. Grund für den Einbruch waren unter anderem Entwicklungen wie die zahlreichen Terroranschläge und die unsichere Lage seit dem Putschversuch im Juli 2016, die potenzielle Investor:innen abschreckten. Auch die Direktinvestitionen haben nach dem Putschversuch abgenommen. Insbesondere die Tourismusbranche litt erheblich unter den innen- und außenpolitischen Entwicklungen und den Anschlägen.

In Folge eines umfassenden Konjunkturpakets konnte dem Trend entgegengewirkt werden. Teile dieses Programmes liefen jedoch kurz nach dem Verfassungsreferendum im April 2017 wieder aus. Strukturelle Defizite werden mangelhaft angegangen. So wurde hauptsächlich auf Maßnahmen zur erhöhten Kreditvergabe, Steuersenkungen und gesteigerte Staatsausgaben gesetzt; die defizitäre Leistungsbilanz, die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit, private Verschuldung, Arbeitslosigkeit sowie die hohe Importabhängigkeit der Türkei bleiben jedoch als Risikofaktoren bestehen. Zudem könnte sich die hohe Inflationsrate langfristig auf den innertürkischen Konsum auswirken, sodass die Nachhaltigkeit der Maßnahmen zweifelhaft ist. Die Kreditwürdigkeit der Türkei bleibt niedrig. Neben dem Konjunkturpaket verhalf die erhebliche Abwertung der türkischen Lira von 20 Prozent im Jahr 2016 im Vergleich zu 2015 der Türkei zu mehr Exporten.

Problematisch ist die hohe Arbeitslosenquote von 13,4 Prozent im Jahr 2021, die Personen im Alter von 15 bis 24 Jahre besonders trifft: hier liegt die Quote bei 24,3.

Flexibilisierungsmaßnahmen des Arbeitsmarktes und Schritte zu mehr Weiter- und Weiterbildungsmöglichkeiten wurden durch die Regierung bereits eingeleitet. Problematisch ist jedoch auch der hohe Anteil an Schwarzarbeit sowie die fehlende Anpassung des Mindestlohnes an die Wirtschaftsentwicklung, wodurch das Existenzminimum nicht unbedingt gesichert wird. Grund dafür ist unter anderem eine hohe Inflationsrate von 19,6 Prozent (2021).

Fast 20 Prozent der Erwerbstätigen sind in der Landwirtschaft beschäftigt. Dennoch ist ein Stadt-Land-Gefälle zu beobachten, welches Teile der ländlichen Bevölkerung in die Metropolen zieht. Zudem sind der Osten und der Südosten der Türkei wirtschaftlich wesentlich schwächer aufgestellt als der Rest des Landes. In diesen Regionen dominiert die Landwirtschaft und dient teilweise der Subsistenzsicherung. Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage im Südosten werden seit den 1980er Jahren durchgeführt, jedoch bis dato mit wenig Erfolg. Auch die dominanten Wirtschaftssektoren in der Türkei divergieren zwischen den einzelnen Regionen stark. Allgemein lässt sich feststellen, dass die Bedeutung des Dienstleistungssektors steigt. Dieser machte 2019 56,5 Prozent des BIP aus. Die Leicht- und Schwerindustrie macht ca. ein Viertel des BIP der Türkei aus und ist insbesondere im Westen des Landes angesiedelt.

Die Türkei ist stark von Importen aus den EU-Ländern abhängig, die 2016 ca. 70 Prozent aller Importe ausmachten. Im März 2017 kündigte die EU an, die Fördergelder für die Türkei als Beitrittskandidat deutlich zu verringern.

Die Türkei lag in den letzten fünf Jahren in der Wertung des GMI stets auf einem der Plätze zwischen 20 und 30. Sie investiert also signifikante Ressourcen in den

Militärapparat. Allerdings liegt der Anteil der Militärausgaben am BIP mit 2,1 Prozent (2021) unter dem Wert der meisten Nachbarstaaten und der Anteil der Ausgaben für Gesundheit und für Bildung am BIP übersteigt den Anteil der Militärausgaben.